
Die politischen Parteien der Staaten des Erdballs

Herausgeber Dr. Stricker

4.—7. Heft

(mit Nachträgen über Danzig und Saargebiet).

Emil Zerbe,
Sejmabgeordneter
Polen

S. Tjunaitis,
Litauen

Baron v. Uexküll-Güldenband,
Lettland

Fritz Stricker,
Estland

Copyright 1924 by Regensberg'sche Buchhandlung, Münster.

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten.

— Weitere Hefte folgen. —

Bisher erschienen:

1. P. Graae, Volkswirt: Dänemark.
2. O. Loening, Präsident: Danzig.
3. K. Ollmert, Abgeordneter: Saargebiet.

Preis 75 Pfg.

Druck und Verlag:

Regensberg'sche Buchhandlung, Münster i. W.
1924.

ESTICA

A. 3153.

95.-

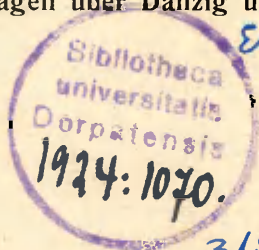
Die politischen Parteien der Staaten des Erdballs

Herausgeber Dr. Stricker

4.—7. Heft

(mit Nachträgen über Danzig und Saargebiet).

Emil Zerbe,
Sejmabgeordneter
Polen



S. Tjunaitis,
Litauen

Baron v. Uexküll-Güldenband,
Lettland

Fritz Stricker,
Estland

Copyright 1924 by Regensbergsche Buchhandlung, Münster.
Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten.

— Weitere Hefte folgen. —

Bisher erschienen:

1. P. Graae, Volkswirt: Dänemark.
2. O. Loening, Präsident: Danzig.
- 4A 3. K. Oilmert, Abgeordneter: Saargebiet.

Preis Pfg.

Druck und Verlag:

Regensbergsche Buchhandlung, Münster i. W.
1924.

Vorwort zu Heft 4—7.

Zwei Dinge sind es, die uns eine eindringliche Beschäftigung mit den vier östlichen Randstaaten nahelegen.

Polen, Litauen, Lettland und Estland haben eine beachtliche deutsche Minderheit, die nicht allein der Zahl nach, sondern vor allem durch ihren inneren Wert von Bedeutung ist. Es kann und darf uns durchaus nicht gleichgiltig sein, wie es unsern Volksgenossen jenseits der Grenze ergeht; es ist im Gegenteil eine deutsche nationale Aufgabe, uns mit ihrem Schicksal liebevoll zu beschäftigen und das geistige Band so eng wie nur möglich zu knüpfen. Kein Deutscher, wo er auch wohne, darf von uns vergessen werden. Je mehr wir in das innere Getriebe der Staaten mit deutschen Minderheiten eindringen, um so eher erkennen wir, welch schweren Kampf sie um die Erhaltung ihres Deutschtums führen müssen; das soll uns anspornen, auch unsererseits jede Kraft anzuspannen, damit wir über alle inneren Gegensätze hinaus durch echte Einigkeit unser Vaterland und das Deutschtum in der Welt wieder zur gebührenden Geltung bringen.

Es kann kein Zweifel sein, daß bei der zukünftigen unausbleiblichen Neugestaltung Europas auch die östlichen Staaten eine wichtige Rolle spielen werden. Nur wenn wir Deutsche ihre innere Einstellung recht verstehen, können wir sie richtig in unsere Berechnungen einsetzen. Mögen sie klein oder groß sein, in irgend einer Hinsicht — propagandistisch, wirtschaftlich, politisch, militärisch usw. — sind sie für jede Außenpolitik stets von Bedeutung. So müssen wir sie erkennen, sofern wir nicht überrascht werden und unliebsame Erfahrungen machen wollen.

Die Literatur über die Parteien der hier behandelten Staaten ist sehr gering; es muß einem der folgenden Hefte vorbehalten bleiben, genauer darauf einzugehen.

Dem vorliegenden Heft wurden je ein Nachtrag über die Neuwahlen in Danzig und im Saargebiet beigefügt; Das wird auch in Zukunft so gehalten werden, damit die Darstellungen stets dem neuesten Stand der Dinge entsprechen.

Bei der Bearbeitung der Parteien in Estland bin ich zu besonderem Danke verpflichtet Herrn Siegmund Klau, Dorpat,

und Herrn Woldemar Kentmann, Reval. Auch Frl. Elisabeth Kotiesen aus Arensburg (Oesel) danke ich für manche Auskünfte.

Zum Schluß möchte ich es nicht unterlassen, meinen Dank auf Fräulein Erna Habicht aus Hamm und Fräulein Käthe Grosch aus Münster auszudehnen, die mit großem Fleiß in ihrer dienstfreien Zeit mich sehr von der vielen Schreibarbeit entlasteten.

Münster i. W., März 1924.

Fritz Stricker.

Polen.

1. Statistisches über Polen.

Die letzten statistischen Berechnungen vom 30. August 1921 ergaben, daß die Flächen ausdehnung Polens 386 273 qkm beträgt. Das Neupolen umfaßt folgende Gebiete: Russisch-Polen, West- und Ostgalizien, Polnisch-Oberschlesien, Polnisch-Schlesien, die Provinzen Posen, Pomerellen, Wilno, Wolhynien und Polesje. Nach dieser Zählung besitzt Polen 613 Städte, 12 632 Dorfgemeinden und 4283 Höfe mit einer Einwohnerzahl von 27 160 000, etwa 70 Seelen auf ein qkm. Von dieser Zahl entfallen auf die polnische Nationalität 18 660 000 (68,7 %) und auf die anderen, nicht polnischen Nationalitäten 8 500 000 (31,3 %). Der Konfession nach gibt es etwa 18 000 000 römische Katholiken, 5,0 Millionen griechische Katholiken, 1,5 Millionen Protestanten, 3,5 Millionen Juden.

Den größten Raum, beinahe die Hälfte der polnischen Oberfläche (17 780 000 ha), nimmt in wirtschaftlicher Hinsicht Ackerland ein, auf den Einwohner also 0,70 ha. Über ein Sechstel der Fläche ist von Wiesen und Weiden bedeckt (6 324 000 ha), beinahe der vierte Teil von Wäldern (8 934 000 ha); Unland gibt es 3 637 000 ha oder den zehnten Teil der ganzen Flächenausdehnung. Wälder gibt es am meisten in den Ostgebieten, wo allein ungefähr 4 000 000 ha sind. Kongreß- und Kleinpolen (Galizien) allein weisen mit dem Gebirge 2 000 000 ha Wald auf. Das lebende Inventar des ganzen Staates zählt 13 000 000 Haustiere. Die Zahl der Wohnhäuser in Polen beziffert sich auf 3 588 000.

An Kohlen erheblich reicher als England, dessen unterirdische Kohlenvorräte 106 Milliarden Tonnen betragen, während der polnische Staat schon bei einer Tiefe von 200 Metern mehr als England besitzt, hat Polen in der Ausbeute allerdings noch keinen sonderlich hohen Stand erreicht. Bedeutend sind dagegen die Baumwoll- und Wollindustrien (Hauptsitz Lodz) sowie die Holzgewinnung; auch die vorhandenen Petroleumquellen versprechen für die Zukunft einen guten Ertrag. Der Gesamtbesitz der Republik Polen stellt eine Summe von 149 248 000 000 Goldfranken dar gleich 25—30 000 Goldfranken für den Familiendurchschnitt und etwa 5 000 Goldfranken für den Einwohner, was durchaus eine Grundlage für das wirtschaftliche Leben abgibt. Das wichtigste Vermögen des Einzelnen und des Landes aber ist die Arbeitskraft und die Er-

zeugung; davon hängt zum größten Teil die weitere wirtschaftliche Entwicklung Polens ab. Die augenblickliche Statistik ist noch nicht ermutigend. Der Einfuhr in Höhe von 26 Milliarden Mark (Kohle, Wolle, Metallfabrikate usw.) stand im Jahre 1921 nur eine Ausfuhr von 9 Milliarden gegenüber (Holz, Getreide, Naphta). In der letzten Zeit ist bereits eine aktive Handelsbilanz erreicht worden, die aber mit ungesunden Wirtschaftserscheinungen verbunden ist und deshalb nicht als Besserung der Wirtschaftslage des Staates angesehen werden kann. Das statistische Hauptamt in Warschau gibt im Monitor Polski die Ein- und Ausfuhr für die ersten drei Quartale des Jahres 1923 bekannt. Nachstehende Tabelle zeigt die genaue monatlich geordnete Übersicht in Tonnen, Polenmark und Goldfranken.

Monate 1923	Gewicht in 1000 To.		Wert in Milliarden Mkp.		Wert in Milliarden Goldfrank		Auf 100 Fr. Einfuhr gedeckte Ausfuhr
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	
Januar	220. ⁵	1368. ⁶	455. ⁵	343. ³	9365	7058	75.36
Februar	260. ⁶	1469. ²	655. ⁶	755. ⁹	8149	9397	115.31
März	300. ⁴	2151. ⁰	812. ³	1144. ⁴	9821	13837	140.89
April	286. ⁰	1335. ⁰	866. ⁴	946. ³	10049	10976	109.22
Mai	252. ³	1463. ³	961. ²	889. ⁰	10170	9407	92.49
Juni	290. ⁷	1667. ⁸	1529. ²	1572. ⁴	9191	9451	102.82
Juli	393. ⁹	627. ⁴	2368. ⁶	2510. ⁸	9646	10226	106 01
August	239. ⁰	1690. ⁰	3970. ¹	5368. ³	8678	11604	133.71
September	203. ⁷	1384. ¹	4299. ⁵	6047. ⁹	7888	11096	140.7

2. Aus der Verfassungsgeschichte Polens.

Es war der polnischen Republik nicht vergönnt, das Morgenrot des 19. Jahrhunderts auch in sich zu erleben. Sie ging unter gerade beim Herannahen jener großen Ereignisse, welche ganz Europa aufrütteln und seine politische Landkarte gründlich umbilden sowie für ein volles weiteres Jahrhundert neue Bedingungen der politischen Entwicklung der Staaten und Nationen schaffen sollten. Sie ging unter gerade in jenem Augenblick, als im Westen Europas zum ersten Mal neue Losungen für eine vollständige Umgestaltung des inneren Baues der Staaten und Gesellschaften mit mächtiger Stimme erschallen. War schon der Sturz der Republik Polen an sich selbst ein Unglück, so war auch der Augenblick des Sturzes der denkbar unglücklichste. Die seit einer Reihe von Jahrhunderten

laufende Entwicklungslinie, auf der Polen gemeinsam mit anderen europäischen Staaten schritt, brach ab. Neue Entwicklungen, neue Verfassungsordnungen der Staaten entstanden und an allen konnte Polen und die polnische Nation nicht unmittelbar schöpferisch teilnehmen, da sie der Möglichkeit einer selbständigen Verfügung über sich beraubt war. Und deshalb war die Verfassung des neuen Europas so weit von jener entfernt, die Polen im letzten Abschnitt seiner Existenz aufzuweisen hatte. Und doch ist dieses Europa dasselbe, welches durch eine Reihe von Jahrhunderten vorher, sogar noch im 18. Jahrhundert, auf demselben Niveau der Verfassungseinrichtungen stand, das auch Polen kennzeichnete.

Die imponierende Macht Polens unter den Jagiellonen im 17. Jahrhundert war geschwunden. Die Ursache war die Zersplitterung der Organe der Staatsgewalt und das Nebeneinanderbestehen vieler gleichwertiger Räder im Mechanismus der Staatsmaschine, sowie die krasse Differenzierung der Staatsbürger in politischer und sozialer Hinsicht.

Die Wirksamkeit des polnischen Reichstages (Sejmwalny) wie auch der Zentral-Regierung wurde in hohem Maße durch die Landtage (Sejmiki ziemskie) paralytisiert, die oft nur die Interessen ihrer eigenen Provinz vertraten. Wenn in westeuropäischen Parlamenten gesetzgeberische Angelegenheiten nach dem Grundsatz der Stimmenmehrheit (wenigstens in der Theorie) erledigt wurden, so gab es in Polen das *liberum veto*, den Krebschaden des polnischen Reichstagswesens, und die Möglichkeit der Sprengung des Reichstages durch einzelne Landtagsabgeordnete. Keine Gleichberechtigung aller Staatsbürger, die von dem Beruf, der sozialen Stellung und den Vermögensverhältnissen unabhängig ist, war vorhanden; dagegen gab es eine Unterdrückung und Zurücksetzung des Staatsbürgertums und eine noch weitgehende Unterwerfung der Bauern unter die Gewalt des Grundherrn, der Schlachta. Nachdem die Wirtschaft des polnischen Landadels den Staat immer mehr dem Abgrund entgegengebracht hatte, während die Nachbarnationen gerade in dieser Zeit erstarkten, war das Ende des alten polnischen Staates nicht mehr aufzuhalten.

Die *Rzeczpospolita Polska* stand am Vorabend ihres Unterganges; es war in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Aber bedeutsamerweise waren neben den zersetzenden Kräften gleichzeitig aufbauende am Werke und legten den Grund, auf dem später ein neues Polen erstehen sollte. Es ist kein Zweifel, daß die „*Komisja Edukacyjna*“ — das erste Unterrichtsministerium Europas —, die 1773 ihre Tätigkeit begann, unmittelbar die Erziehung aller polnischen Generationen nach den Teilungen beeinflußt hat. Der Geist, der die Schöpfer des ersten Unterrichtsministeriums beseelte, lebte auch in den

Männern, die 18 Jahre später Polen die erste geschriebene Verfassung schenkten. Die auf dem großen vierjährigen Reichstag (1788—1792) durchgeführten Reformen, — insbesondere die große Maikonstitution vom 3. Mai 1791, war eine Reform der polnischen Verfassung in capite et in membris, und dies sowohl auf dem Gebiete der staatsrechtlichen Verhältnisse wie auch der sozialen Organisation, — haben den ständischen Charakter des Reichstags erschüttert, indem sie die Landboten als Vertreter des gesamten staatlichen Interesses anerkannten und im Zusammenhang damit verboten, die Landboten mit Instruktionen auszustatten, sowie das verhängnisvolle liberum veto gänzlich abschafften. Dem Städtebürgertum gewährten sie eine gewisse Teilnahme am Reichstag und das Recht der städtischen Selbstverwaltung. Der ländlichen Bevölkerung endlich, wenn sie auch nicht von den Fesseln der Untertanenschaft befreit werden konnte, anerkannten sie ein freies Bürgertum und gewährten ihr Rechtsschutz.

Die neuen polnischen Verfassungsgrundsätze, die selbst bei abstrakter Beurteilung, in mancher Einzelheit sich als vollkommen im Vergleich zu jenen, die gleichzeitig im Westen bindend waren, darstellten, kamen nicht als eine Geste ohne Inhalt und realen Wert, sondern als eine im Evolutions-Stadium sich befindliche, schon vorher vorbereitete Reform. Und so geschah es, daß Polen, als der Augenblick kam, in dem es aus der Karte Europas für eine längere Zeit verschwinden sollte, sie dieselbe ohne die Sünden und Gebrechen, in denen man die vermeintlichen schlagenden Beweise der Unfähigkeit Polens zu einem selbständigen Leben und einer staatlichen Entwicklung sieht, verlassen durfte.

Und so gingen 130 Jahre dahin. Während dieser Zeit wurden die polnischen Gebietsteile durch andere Staaten regiert. Der Versailler Vertrag erst schuf ein neues Polen. Und zum zweitenmal haben sich die Bürger Polens eine Verfassung gegeben; anknüpfend an die Überlieferungen der für alle Polen unvergeßlichen Konstitution vom 3. Mai 1791 hat der verfassunggebende Sejm am 17. März 1921 die das neue Polen bindende Verfassung angenommen. Dadurch ist Polen wiederum in die Reihe der modernen Verfassungsstaaten eingerückt. Der erste Artikel der Verfassung lautet: „Der polnische Staat ist eine Republik“, und im zweiten Artikel heißt es, daß die höchste Gewalt dem Volke gehört. Das Volk hat somit die Souveränität und alle Macht geht von ihm aus. Repräsentant dieser Macht sind Sejm und Senat. Der Sejm ist Beherrscher Polens. Er setzt sich aus Abgeordneten zusammen, die auf 5 Jahre im fünfgliedrigen (direkten, gleichen, geheimen, allgemeinen und verhältnismäßigen) Wahlverfahren gewählt werden. Das aktive Wahlrecht hat jeder unbescholtene Bürger Polens ohne Unter-

schied des Geschlechtes, der das 21. Lebensjahr (für den Senat das 30.) vollendet hat. Das passive Wahlrecht hat jeder aktiv wahlberechtigte Bürger, sofern er über 25 Jahre (für den Senat 40 Jahre) alt ist. Die Abgeordneten sind vollständig unabhängig und besitzen die Immunität. Das Recht der Gesetzes-Initiative steht der Regierung und dem Sejm zu. Der Präsident der Republik wird auf sieben Jahre von dem zur Nationalversammlung vereinigten Sejm und Senat mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Die Regierung bedarf zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Sejm. Der Sejm kann sich durch eigenen, mit zwei Drittel Mehrheit der vorhandenen Stimmen gefaßten Beschluß auflösen. Der Präsident kann den Sejm mit Einwilligung von drei Fünfteln der gesetzlichen Anzahl der Senatsmitglieder auflösen. In beiden Fällen wird gleichzeitig der Senat aufgelöst.

Jeder Gesetzentwurf, der vom Sejm angenommen ist, wird dem Senat zur Stellungnahme überwiesen. Der Senat hat aber im wesentlichen nur ein suspensives Veto. Beschließt der Senat, einen vom Sejm angenommenen Entwurf zu ändern oder zu verwerfen, so muß er den Entwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen dem Sejm zurückstellen. Die Verwerfung oder Annahme der Änderungen geschieht im Sejm mit einer Mehrheit von $\frac{11}{20}$ der Abstimmenden. Die Wahlordnung vom Jahre 1922 sieht für den Sejm 444 Abgeordnete und für den Senat 111 Senatoren vor.

3. Die Parteien.

A. Die polnischen politischen Parteien. Demjenigen, der das Parteileben Polens, insbesondere das Russisch-Polens verfolgt, erscheinen die Verhältnisse außerordentlich verwickelt; die Fäden entwirren sich ihm aber leicht, wenn er vom sozialen und nationalen Aufbau Polens ausgeht und die Parteien unter diesen Gesichtspunkten betrachtet.

Eine Geschichte der politischen Parteien in Polen zu geben, geht wohl nicht an; bis zur Einführung der Konstitution in Rußland wuchs alles Parteileben auf illegalem Boden. Doch auch nach 1905 wirkte das heimliche Treiben noch weiter. Einzig vielleicht die Realisten konnten in voller Öffentlichkeit handeln. Überblicken wir aber die soziale Schichtung in Polen, so erkennen wir, daß jeder Schicht eine bestimmte Partei entspricht, und daß sich aus jeder Schicht folgerichtigerweise eine politische Richtung herauskristallisiert hat.

1. Die Rechtsparteien.

a) Der nationale Volksverband. Die Gruppen des Großgrundbesitzes, der Großindustrie und der Großhändler waren früher durch enge Beziehungen mit dem russischen Reiche verbunden, da sie ein ausgesprochenes Interesse am

russischen Markt hatten. So stellten sie sich ganz auf den Boden der „Realität“, nämlich der politischen und wirtschaftlichen Zugehörigkeit des Königsreichs Polen zum russischen Kaiserreich. Diese Partei, welche die Realisten zusammenfaßte, nannte sich offiziell „Partja ugodowa“, d. h. Ausgleichspartei. Ihr Organ war bis zum Kriege die Warschauer Tageszeitung „Slowo“ (Das Wort). Zahlenmäßig war diese Partei nicht sehr stark. Ihr Einfluß in Petersburg aber war außerordentlich groß.

Weit größere Bedeutung in Polen selbst hatte die National-Demokratie. Sie ist heute die bedeutendste polnische Partei, der Mittelpunkt des gesamten Parteilebens. Sie hat tüchtige Führer, wie vor allem Roman Dmowski, Außenminister a. D. Außer den besitzenden Volksschichten strömten zu dieser Partei Teile des Mittelstandes und des Kleinbürgertums, vor allem aber auch der höhere und niedere Klerus. Der Klerus brachte der Partei die ausgesprochene katholische Farbe, die Farbe des spezifisch polnischen Katholizismus, der mehr als irgend eine andere Religion eine Volksreligion ist. Einge stellt auf agitatorische Erfolge wurde gerade die Nationaldemokratie zum Ausgangspunkt des polnischen Antisemitismus und des Deutschenhasses. Entdeutschung und Entjudung ist ihre politische Parole. Das Warschauer Organ der Nationaldemokratie ist die *Gazeta Warszawska*, die Warschauer Zeitung.

Aus diesen beiden Parteien wesentlich entstand im Jahre 1919 der nationale Volksverband (Zwiazek Ludowo-Narodowy) nicht etwa im Lande sondern im Sejm. Fußend auf dem der Unabhängigkeit Polens eingepaßtem Parteiprogramm der National-Demokratie sammelte er um sich außer diesen Parteien noch die christliche Demokratie und Splitter der bäuerlichen Volksparteiler. Eine regierungsfähige Mehrheit wurde aber im verfassunggebenden Sejm auch so nicht erreicht. Den Sinn der gegenwärtigen innenpolitischen Kämpfe sieht der nationale Volksverband im Kampfe um die Macht zwischen den nationalistischen und sozialistischen Strömungen. Übereinstimmend mit den Grundsätzen des nationalen Verbandes, aus dem inzwischen die christliche Demokratie ausgeschieden ist, wirken illegale und faschistische Organisationen wie Antibolschewistische Liga, Nationale Wacht, Nationale Organisation der Frauen, Rozwoj (Entwicklung), und die „Polnische Organisation zur Verteidigung des Staates“. Alle diese Organisationen, die Arbeit des fast gesamten katholischen Klerus, sowie die Weitherzigkeit in der Agitation verhalten dieser Partei zu ihrer Machtstellung. Neben der führenden Tageszeitung *Gazeta Warszawska*, sind zu erwähnen *Gazeta Poranna*, Warschau, *Kurier Poznanski*, Posen, *Goniec Krakowski*, Krakau, und *Mysl Narodowa* (Wochenschrift). Parteiführer sind die Abgeordneten St. Glabinski und Redakteur Kozicki.

b) Die christlich-nationale Volkspartei oder nach ihrem Führer kurz „Dubanowicz-Gruppe“ genannt, war anfangs ein Bestandteil des nationalen Volksverbandes. Im Jahre 1921 verlies der Abgeordnete Dubanowicz, Professor aus Lemberg, mit 19 Abgeordneten den nationalen Volksverband, um als eigene Partei mit der nationalen Volksvereinigung, deren Hauptführer der Abgeordnete Skulski aus Lodz ist, eine regierungsfähige Mehrheit zu schaffen. Die christlich-nationale Volkspartei ist die Partei der Großgrundbesitzer und der konservativen Großbauern aus den ehemals preußischen Gebieten, für die die Agrarfrage der wichtigste Bestandteil ihres Parteiprogramms ist. Sonst trennt sie fast nichts vom nationalen Volksverband. Eine führende Rolle in dieser Partei spielt neben dem Lemberger Professor Dubanowicz der Hauptschriftleiter des Parteiblattes „Rzeczpospolita“ der Abgeordnete Stronski.

c) Die christlich-demokratische Partei trat zum erstenmal im Jahre 1905 in Kongreß-Polen in Erscheinung; sie wird aber zu einer eigentlichen politischen Partei erst im Jahre 1918 und zwar im Posener Gebiet, in Berlin und im industriellen Westfalen. Im Jahre 1920 schieden einige Angeordnete des Posener Gebietes aus der Partei aus und gruppieren sich um die nationale Arbeiterpartei. Laut Parteiprogramm bekämpft die christlich-demokratische Partei die kapitalistische wie auch die sozialistische Gesellschaftsform und ist bestrebt, politisch und ökonomisch die Weltordnung nach den Grundsätzen der christlichen Lehre umzubauen. Auf sozialpolitischem, also auf evolutionärem Wege soll die soziale Besserstellung der Besitzlosen erreicht werden. Ihr geistiger Führer ist der Abgeordnete W. Korfanty. Die Partei besitzt in den meisten Industriebezirken christlich-demokratische Arbeitergewerkschaften, die aber nicht sehr einflußreich sind, da sie getrennt von den anderen Arbeiterorganisationen auftreten und somit nur ein Zweig der allgemeinen Arbeiterbewegung sind.

Alle diese angeführten Rechtsparteien bildeten bei den letzten Sejmwahlen den Kern des Wahlblocks Christlicher Verband der nationalen Einheit, dem der größte Teil der National-chauvinistischen polnischen Wähler treue Gefolgschaft leistete.

d) Zu erwähnen sind noch einige Parteien, die im verfassunggebenden Sejm einst eine führende Stellung einnahmen, aber während der letzten Sejmwahlen keine nennenswerten Erfolge verzeichnen konnten, ja sogar die politische Arena verlassen mußten. Es sind dies folgende Parteien: Das polnische Zentrum (Skulski-Gruppe), das bürgerliche Zentrum und der Club der konstitutionellen Arbeit. Dieser war eigentlich nur eine parlamentarische Vereinigung der ehemaligen polnischen Abgeordneten im galizischen

Landtag, die ohne Wahlen in den verfassungsmäßigen Sejm eingezogen und bei den letzten Wahlen keinen Erfolg hatten. Die beiden anderen Parteien wurden bei den Wahlen durch den Wahlblock der Rechtsparteien, die sich einem schrankenlosen Nationalismus hingaben, aufgesogen.

2. Die Bauernparteien.

e) und f) Die bäuerliche polnische Volkspartei bestand eigentlich aus drei Parteien: Piast, Wyzwolenie und Stapinski-Gruppe. Die polnische Volkspartei ist eine Vereinigung der polnischen Bauern, die sich ihrer Macht in ihrem überwiegend agrarischen Vaterlande wohl bewußt sind. Die Anfänge der politischen Organisation der polnischen Bauernmassen sind in der polnischen Volkspartei „Wyzwolenie“ zu erblicken. Im Jahre 1915 wurde durch die Vereinigung des nationalen Bauernbundes und der Volksparteiler der Grundstock für die polnische Volkspartei geschaffen. Bei der Wiederaufrichtung der staatlichen Selbständigkeit Polens im Jahre 1918 kam es bei der Übernahme der Regierung zu Meinungsverschiedenheiten, da der Führer Witos und seine Anhänger bei der Übernahme der Regierung nicht mitmachen wollten und mehr nach rechts abschwanken. Dies hatte zur Folge, daß bei den darauf folgenden Wahlen zum verfassungsgebenden Sejm (1919) die anfangs erwähnten Bauernparteien getrennt aufmarschierten. Auf parlamentarischem Boden fand die Vereinigung zwischen der Wyzwolenie-Partei und der Piasten-Partei statt, die aber bei der Lösung der Agrarfrage und der Schaffung der Konstitution wieder auseinanderfielen. Es bestanden somit wiederum drei bäuerliche Volksparteien. Da aber die Anhänger der Stapinski-Gruppe bereits bei der letzten Sejmwahl zum überwiegenden Teil zur Wyzwolenie-Partei übergegangen sind, blieben nur noch zwei große Bauernparteien, und zwar die Piastenpartei und die Wyzwolenie-Partei. Die erste Partei vertritt mehr die großbäuerlichen Schichten, im Gegensatz zu der zweiten, die das kleinbäuerliche und bodenlose Bauernelement hinter sich hat.

Wincenty Witos, der Großbauer aus Westgalizien und Führer der Piastenpartei, zählt zu den einflußreichsten und populärsten Politikern des polnischen Staates. Schon zweimal hat er die Leitung der polnischen Regierung übernommen. Das erste Mal war es während des Krieges mit Rußland, als Vorsitzender des Konzentrations-Kabinetts mit Vertretern aller Parteien.

Den Haupteinfluß besitzt die Piasten-Partei in West- und Ostgalizien. Nach langwierigen Verhandlungen schloß die Piastengruppe mit den Rechtsparteien einen Pakt und übernahm gemeinsam mit ihnen die Regierung. Das offizielle Organ der

Piastenpartei ist die Tageszeitung „Ilustrowany Kurjer Codzienny“, Krakau, und „Wola Ludu“ (Volkswille), Warschau.

Die Wyzwolenie-Partei (Befreiungs-Partei), die immer mehr an Einfluß gewinnt, steht auf dem Boden einer radikalen Lösung der Agrarfrage und des Ausbaues Polens zu einem wirklichen republikanischen Staat. Von den nicht sozialistischen Parteien ist sie die einzige, die hin und wieder für die nationalen Minderheiten eintritt. Die wichtigsten Parteiorgane sind „Wyzwolenie“-Warschau und „Chropskl Sztandar“ (Bauernbanner).

3. Die Arbeiterparteien.

g) Die nationale Arbeiterpartei (Narodowa Partja Robotnicza) ist hervorgegangen aus dem ehemaligen nationalen Arbeiterverband in Kongreßpolen und der nationalen Arbeitervereinigung in Großpolen. Der nationale Arbeiterverband brach schon im Jahre 1905 mit der Nationaldemokratie und bildete eine selbständige politische Partei, die die polnische sozialistische Partei auf das stärkste bekämpfte. Im Jahre 1919 gelangten Vertreter aus Kongreßpolen in den Sejm, zu denen sich die später gewählten Vertreter aus Großpolen zugesellten. Nach der Fusion erhielt die Partei den Namen Nationale Arbeiterpartei. Die politische Stellungnahme wurde nach dem Zusammenschluß etwas radikaler, sie ist aber noch nicht ganz ausgeglichen, sodaß sehr schwer festzustellen ist, ob man die nationale Arbeiterpartei zu den Rechts- oder den Linksparteien zu zählen hat. Das aber läßt sich feststellen, daß in der letzten Zeit die breite Masse der Anhänger, zumal der aus Kongreßpolen, radikaler gestimmt ist, als die Führer der Partei. In nationaler Hinsicht ist die Partei bestrebt, hinter den chauvinistischen Rechtsparteien in keiner Weise zurückzustehen. Der Nationalismus ist vielleicht das einzige Mittel, das die Partei zusammenhält. Am stärksten ist diese Partei in den Posener und Pomereller Gebieten, sowie in Oberschlesien. An geistigen Führern scheint es in der Parteibewegung zu mangeln. Vorsitzender im parlamentarischen Klub ist der Abg. Waskiewicz-Lodz. Gewerkschaftlich sind die national-polnischen Arbeiter im politischen Fachverbände „Praca“ organisiert. Ein ziemlicher Machtfaktor ist derselbe im Lodzer Industriebezirk, in den Bezirken Posen, Pomerellen und Oberschlesien, wo er stark mit den freien Gewerkschaften konkuriert. In denselben Gebieten besitzen aber auch die Christlich-demokraten ihre Verbände, die sich in der letzten Zeit auf Kosten des Fachverbandes „Praca“ vergrößert haben.

h) Die polnisch-sozialistische Partei (Polska Partja Socjalistyczna) ist erheblich stärker als die nationale Arbeiterpartei. Mit ihrem Einfluß im politischen Leben wird sehr gerechnet. Vor ungefähr dreißig Jahren ist sie entstanden

und stellte sich die Befreiung des Volkes und Proletariates zur Aufgabe. Neben diesem proletarischen Befreiungskampf führte die polnische sozialistische Partei den Kampf gegen Rußland für die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches. Da unter russischer Herrschaft die Partei stets nur illegal arbeiten konnte, wandte sie durchaus revolutionäre Methoden an. Auf dem Einigungskongreß in Krakau im Jahre 1919 fand die Verschmelzung der polnischen sozialistischen Partei mit der sozialdemokratischen Partei Galiziens statt. Das Gleiche geschah auch im Jahre 1920 mit der polnisch-sozialdemokratischen Partei für Litauen und Weißrußland. Die Beziehungen zu den internationalen sozialistischen Parteien, die schon vor dem Kriege bestanden, fanden auf dem Hamburger Kongreß von neuem ihren Ausdruck, indem sich die P.P.S. der Hamburger Internationale anschloß. Parteipolitisch nimmt die P.P.S. ungefähr die Stellung der deutschen Mehrheitssozialisten ein. Auf dem XIX. Kongreß der P.P.S. wurde eine Minderheitenresolution angenommen, die die nationalen Minderheiten voll befriedigt. Unter anderem verlangt die Resolution:

I. unverzügliche Verwirklichung derjenigen Artikel der Konstitution, die den nationalen Minderheiten ihre Rechte in bezug auf Kultur, Sprache und Schulwesen garantieren;

II. vollkommener Bruch mit der Politik der administrativen Chikanen und der konfessionellen und nationalen Verfolgungen;

III. Zulassung der den nationalen Minderheiten angehörenden Bürger der Republik zur staatlichen Verwaltung auf allen Gebieten.

Die P.P.S. besitzt im Reiche 609 Parteiorganisationen mit über 60 000 zahlenden Mitgliedern. Der Vorsitzende der Partei ist der Abgeordnete Ignaz Daszynski, ehemaliger Abgeordneter im österreichischen Parlament und polnischer Minister a. D. Eine sehr verzweigte Parteiorganisation besitzt die P.P.S. auch in Amerika (Chicago). Die führenden Organe sind die Tageszeitungen „Robotnik“ (Warschau) und „Naprzód“ (Krakau). Ferner in Chicago „Dziennik ludowy“.

Die stärksten Fachverbände in Polen sind die sogenannten Klassenverbände (Freie Gewerkschaften), die überwiegend unter dem Einfluß der P.P.S. stehen. In der letzten gewinnen die Kommunisten sehr an Boden; zu den zentralisierten Klassenverbänden gehören außer den polnischen Arbeitern auch die deutschen und jüdischen. In den meisten Industriezweigen Kongreß- und Kleinpolens (Galizien), wie in der Metall-, Hütten-, Naphta-, Bau-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie, sowie im Eisenbahnverkehr und der Landwirtschaft besitzen die Klassenverbände unbestrittenen Einfluß und führen den ökonomischen Kampf. Die stärksten Klassenverbände sind: Der Landarbeiterverband mit 80 000 zahlenden Mitgliedern; ihr

Führer ist der Abgeordnete P. Kwapinski. Der Eisenbahnerverband mit 78 000 Mitgliedern (Führer Kurylowicz), der Textilarbeiterverband mit 65 000 Mitgliedern (Abg. Szczerkowski), der Berg- und Naphtaarbeiterverband und der Metallarbeiterverband mit je 32 000 Mitgliedern. Im ganzen sind im Zentralverband, der der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist, etwa 541 000 Arbeiter organisiert. Darunter sind 60 000 organisierte Arbeiter aus Polnisch-Oberschlesien mit eingerechnet. Die Verbände geben 12 halbmonatliche Verbandsorgane heraus. Sehr beachtenswert sind auch die Arbeitergenossenschaften, mit ihren 119 Abteilungen, die über 185 000 Mitglieder umfassen. Der Leiter dieser Genossenschaften ist der Abg. Z. Z a r e m b a.

i) Die kommunistische Arbeiterpartei Polens besteht illegal; die Zugehörigkeit zu dieser Partei wird mit langjährigen Gefängnisstrafen bestraft. Trotz der Schwierigkeiten, die der freien politischen Entwicklung entgegengestellt werden, vergrößert sich die Zahl ihrer Anhänger immer mehr und mehr. Dieses macht sich in den Arbeitergewerkschaften sehr bemerkbar, trotzdem hier die polnische sozialistische Partei mit den Kommunisten einen erbitterten Kampf führt. Die kommunistische Partei Polens ist der Dritten Moskauer Internationale als Sektion angegliedert. Bei den letzten Sejmwahlen wurde die Liste der Proletarier in Stadt und Land aufgestellt, um so die Ungültigkeitserklärung der Liste zu verhindern. Der politische Verband der Proletarier in Stadt und Land nimmt öffentlich am politischen Leben teil. Die kommunistische Arbeiterpartei hat auf der zweiten Parteitagung ein für die nationalen Minderheiten sehr weitgehendes Minderheitenprogramm angenommen. Eine ganze Anzahl Wochen- und Halbmonatszeitschriften stehen der Partei zur Verfügung. Die wichtigsten sind: „Trybuna robotnicza“-Lemberg (erscheint dreimal wöchentlich) und „Plug“-Warschau.

B. Die nationalen Minderheiten und ihre Parteien. Die bunte Vielheit der Völker, welche den polnischen Staat bewohnen — außer den Polen noch Deutsche, Juden, Ukrainer und Weißrussen —, bringt es mit sich, daß das Nationalitätenproblem im Mittelpunkt des politischen Kampfes steht. Polen hat nach eigenen amtlichen Angaben 8,5 Millionen (31,3 %) Nicht-Polen (nationale Minderheiten), nach anderen Angaben bilden die polnischen Staatsbürger nichtpolnischer Nationalität sogar über 40 % (über 11 Millionen) der Gesamtbevölkerung Polens. Wie mit den übrigen durch den Weltkrieg neu entstandenen Staaten, hat die Entente auch mit Polen einen Vertrag geschlossen, in welchem eine Reihe von Bestimmungen zum Schutze der nationalen und religiösen Minderheiten enthalten sind, den sogenannten Minderheitenschutzvertrag. Diese Bestimmungen sollten nach Artikel 1 des Vertrages als Grund-

gesetze anerkannt werden und kein Gesetz, keine Verordnung und keine Amtshandlung soll in Widerspruch mit ihnen Geltung haben. Dieser Vertrag normiert einmal, daß die zur ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehörigen polnischen Staatsbürger rechtlich und praktisch dieselbe Behandlung und die gleichen Bürgerschaften (garanties) genießen müssen, wie die polnischen Staatsbürger polnischer Stammeszugehörigkeit. Der Vertrag wurde am 31. Juli 1919 vom polnischen Sejm ratifiziert und später sogar als Gesetz erlassen. Die grundlegenden Bestimmungen (fondamentales) des Minderheitenschutzvertrages (Art. 2 bis 8) sind gemäß Art. 1 des Vertrages fast wörtlich in die polnische Staatsverfassung aufgenommen worden. So besagt der Artikel 95, daß die polnische Republik auf ihrem Gebiete allen Bürgern ohne Unterschied der Herkunft, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion vollen Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums zusichert. Weiter heißt es dann, daß alle Bürger vor dem Gesetze gleich seien und ihnen alle öffentlichen Ämter in gleichem Maße zugänglich seien. Besonders wichtig ist für die Minderheiten der Artikel 109, wo jedem Bürger das Recht garantiert wird, seine Nationalität, Sprache und seine völkische Eigenart zu wahren und zu pflegen. Trotzdem nun nach dem Minderheitenschutzvertrag und nach der Staatsverfassung die Angehörigen der Minderheiten genau so Vollbürger des Staates sind, wie die Polen und die gleichen politischen und kulturellen Rechte haben sollen, ist der polnische Staat über diese Ansprüche hinweg einfach zur Tagesordnung übergegangen.

Der polnische Staat ist seiner völkischen Zusammensetzung nach ein komplizierter Minderheitenstaat, der aber von dem chauvinistischen Bestreben beseelt ist, sich zu einem homogenen Nationalstaat umzuwandeln. Er ist durch ein Machtdiktat der Großmächte ins Leben gerufen ohne Rücksicht auf nationale Zusammengehörigkeit, auf geographische und wirtschaftliche Einheit. Wie bei allen Minderheitenstaaten, besteht auch hier das Grundgefühl der Unsicherheit und der Furcht, an innerer Zerrissenheit zugrunde gehen zu müssen. Daraus entspringt der unwillkürliche Drang, die Minderheiten politisch zu entrechten, in ihrem materiellen und kulturellen Besitz möglichst weitgehend zu schwächen und die Entnationalisierung der Fremdstämmigen mit allen Mitteln zu beschleunigen, sollte dieses auch in Widerspruch zu den feierlichen Versprechungen und Zusagen stehen, die Polen den nationalen Minderheiten gegeben hat. Solche Bestrebungen müssen gegenüber Völkern mit hoher Kultur und ausgesprochenem nationalen Bewußtsein scheitern und können keinen anderen Erfolg haben, als die Diskreditierung des Staates. Die Frage der Minderheiten in Polen kann nicht gelöst werden, solange man von der Fiktion ausgeht,

daß die polnische Republik ein Nationalstaat sei. Solange man die Frage auf eine solche Grundlage stellt, solange ist eine zweckmäßige Lösung des Minderheitenproblems, die auch die betreffenden Völker befriedigen könnte, nicht zu erwarten. Erst wenn die Erkenntnis von dem wahren Charakter des polnischen Staates als eines Nationalitätenstaates auch in weiten Kreisen des Volkes Boden gewonnen haben wird, erst dann kann auf eine gerechte und den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende Regelung gehofft werden; je früher dies geschieht, desto besser ist es nicht bloß für die durch die Härten der jetzigen Regierung betroffenen Minderheiten, sondern auch für den Staat selbst.

k) Die deutsche Minderheit. Die Deutschen Polens wohnen teils geschlossen, teils verstreut im ganzen polnischen Staate. Sie bewohnen folgende Gebiete Polens insbesondere: Kongreßpolen (600 000 Deutsche), Posen und Pomerellen (700 000 Deutsche), Polnisch-Oberschlesien und Polnisch-Schlesien (über 330 000) und Galizien (60 000). Der überwiegend größte Teil der Deutschen ist evangelischen Glaubensbekenntnisses. Die Deutschen Polens, die an ihrem Volkstum zäh festhalten, sind in verschiedenartigen kulturellen und politischen Organisationen vereinigt, die sich die gemeinsamen Interessen aller Deutschen — die Erhaltung des angestammten Volkstums, und die Wahrung der konstitutionell verbürgten Rechte — zur Aufgabe gestellt haben. So umfaßt auf kulturellem Gebiete die Deutschen des ehemals preußischen Teilgebietes der Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte in Bromberg, der vor kurzer Zeit von der Regierung aufgelöst worden ist; an der Spitze des Deutschtums Kongreß-Polens steht der Deutsche Volksrat in Lodz, der als politische Spitzenorganisation sämtliche deutschen Parlamentarier Kongreßpolens, sowie die von den Deutschen für den Volksrat gewählten Bezirksvertreter und von den politischen Parteien entsandten Vertreter in sich vereinigt; in Oberschlesien hat der Deutsche Volksbund in Kattowitz diese Rolle übernommen; in Galizien der Bund der Deutschen Galiziens in Lemberg, der zwangsweise geschlossen wurde.

In der Wojewodschaft Schlesien wirken zwei bürgerliche deutsche Parteien: die Katholische Volkspartei und die Deutsche Partei. Die erste entstand nach der Trennung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche aus der Zentrumspartei, die zweite aus der Deutschen Volkspartei. Bei den Wahlen zum schlesischen Landtag stellten diese Parteien eigene Wahllisten auf, wobei die Katholische Volkspartei 8 Sitze, die Deutsche Partei 4 Sitze erlangten. An der Spitze der Katholischen Volkspartei stehen: Senator Thomas Szczeponik, Kreisschulrat a. D., und Baron Karl von Reitzenstein, Rittergutsbesitzer und Vor-

sitzender des Deutschen Volksbundes in Kattowitz. Ihr offizielles Parteiorgan ist der „Oberschlesische Kurier (Kattowitz). — Führer der Deutschen Partei sind die Abgeordneten Gymnasialdirektor Piesch-Bielitz und Ulitz-Kattowitz. Diese Richtung wird vertreten durch die „Kattowitzer Zeitung“ und die „Schlesische Zeitung“ (Bielitz).

Die deutsche sozialdemokratische Partei Polens (Sitz Kattowitz) brachte bei den Wahlen zum schlesischen Landtag zwei Abgeordnete durch. Parteipolitisch unterscheidet sie sich wenig von der im deutschen Reiche bestehenden Sozialdemokratischen Partei. Führende Stellungen nehmen ein: Abgeordneter Redakteur J. Kowoll, Dr. Glücksmann und Gewerkschaftsführer Lukas. Ihre Parteiorgane sind die Tageszeitung „Volkswille“ (Kattowitz) und die zweimal wöchentlich erscheinende „Volksstimme“ (Bielitz).

Obwohl das Genfer Abkommen im Schlußprotokoll zu Art. 161 den beruflichen Verbänden auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu den deutschen Reichsorganisationen das Recht erteilt, 15 Jahre lang als selbständiger Bezirk im Gesamtverbande zu verbleiben, haben die ober-schlesischen deutschen Gewerkschaften außer den christlichen keinen Gebrauch davon gemacht, um Ausdehnungsmöglichkeiten über die Grenzen der Wojewodschaft Schlesien zu haben.

Grundsätzlich lassen sich in der schlesischen deutschen Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten folgende Richtungen unterscheiden: die freigewerkschaftliche, christliche und Hirsch-Dunkersche Richtung.

Die freien Arbeitergewerkschaften verfügen über gute Organisationen und zählen über 6000 Mitglieder. Besonders hervorzuheben ist der Metallarbeiterverband, der starken Anhang besitzt. Der Afab und (Allgemeiner freier Angestelltenbund), der Verband der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten, umfaßt ungefähr 3000 Mitglieder. Leiter des Afabundes ist Dr. Wilhelm Wolff. Die christlichen Arbeitergewerkschaften haben gleiche Unterabteilungen wie die freien Gewerkschaften. Sie bestehen vornehmlich aus Metallarbeiter- und Bergarbeiterverbänden. Berufsamtlicher Führer ist Bernhard Jankowski, Abgeordneter im schlesischen Landtag. Die Mitgliederzahl erreicht 5000. In den christlichen Angestelltenverbänden sind vertreten: der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Sitz Hamburg, der deutsche Werkmeisterverband und der Verband deutscher Techniker. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine für die einzelnen Arbeiterkategorien umfassen 4000 Arbeiter. Geschäftsführer ist Senator Meyer. Die Gewerkschaft der Angestellten (G.D.A.) hat, frei von allen parteipolitischen und

religiösen Bestrebungen, nur die wirtschaftliche Interessenvertretung zum Ziele. Der Mitgliederbestand beträgt ungefähr 3800 ordentliche Mitglieder. Nach Trennung vom Reichsgesamtverbande erfolgte der Zusammenschluß mit dem Bielitzer Privatbeamtenverband.

In Kongreßpolen gab die Deutsche Arbeitspartei Polens (Sitz Lodz) den Anstoß zur politischen Organisation des Deutschtums. Sie wurde anfangs 1922 in Lodz gegründet und schon bei den Sejmwahlen 1922 zeichnete sie sich durch eine erhebliche politische Stoßkraft aus. Die deutsche Arbeitspartei Polens ist die stärkste deutsche politische Partei Kongreßpolens. Neben den geistigen und körperlichen Arbeitern, die geschlossen hinter ihr stehen, besitzt sie großen Anhang im deutschen Mittelstand. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen des werktätigen Volkes und der nationalen deutschen Minderheit wahrzunehmen. Die bisherigen Wahlen zu den Vertretungskörpern zeitigte für die D. A. P. große Erfolge. Im Sejm vertreten die D. A. P. Abgeordneter Redakteur Artur Kronig und Abg. Dipl. Ingenieur Emil Zerbe, die auch die Führer der Partei sind. Der Parteitag (1923) der Deutschen Arbeitspartei faßte einen Beschluß, der den Zusammenschluß sämtlicher deutschen sozialistischen Parteien Polens herbeiführen soll. Die vereinigten Parteien würden dann nach Außen durch eine gemeinsame Exekutive auftreten, dagegen im Rahmen der gesamten Partei autonome Selbstverwaltung besitzen. Wirtschaftlich sind die deutschen freigewerkschaftlichen Arbeiter Kongreßpolens zusammen mit den polnischen und jüdischen Arbeitern organisiert. Im Hauptvorstande des Klassenverbandes der Textilarbeiter, der 65 000 Mitglieder umfaßt, haben Vertreter der deutschen Arbeiter Sitz und Stimmrecht. Auch die deutschen Kaufmännischen Angestellten haben ihre Vertreter in der Zwischenverbandskommission der Büroangestellten. Die parteipolitische Richtung der Deutschen Arbeitspartei wird durch die „Lodzer Volkszeitung“ vertreten.

Erst in der letzten Zeit stellte sich der Deutschen Arbeitspartei Polens die Bürgerlich-deutsche Partei, die früher bei den Wahlen nur als deutsch-polnische Wahlvereinigung auftrat, gegenüber. Ihr politischer Einfluß bleibt aber vor der erstgenannten Partei weit zurück.

Noch zu erwähnen wäre die deutsche sozialdemokratische Partei für Posen und Pomerellen, die aber durch die Auswanderung der deutschen Arbeiter stark zurückgegangen ist. Das Parteiorgan, die „Volkszeitung“ (Bromberg) steht unter dem Einfluß des Abg. Artur Pankratz.

Die Interessen der deutschen Minderheit werden in Polen außer durch die obengenannten noch durch folgende keiner offiziellen Partei angehörenden führende Tageszeitungen ver-

treten: „Deutsche Rundschau“ (Bromberg), „Posener Tageblatt“ (Posen) und „Freie Presse (Lodz).

1) Die jüdische Minderheit. Die Zahl der Juden, die Polen bewohnen, beträgt ungefähr 3,5 Millionen. Parteipolitisch sind sie sehr zersplittert, was sie aber nicht hindert, in völkischen Fragen geschlossenen aufzutreten. Im bürgerlichen Lager sind drei große Organisationen zu verzeichnen, und zwar die zionistische, die misrachistische und die orthodoxe. Die zionistische Organisation in Polen ist ein Bestandteil der jüdischen Weltorganisation mit dem Sitz der Exekutive in London. Dieselbe ist bestrebt, in Palästina einen jüdischen Staat aufzubauen. In Polen kämpfen die Zionisten für ihre Rechte als nationale Minderheit, wobei sie, gestützt auf einen großen Anhang, viel Tatkraft bezeugen. Die Führer der zionistischen Richtung in Polen sind die Abgeordneten Grünbaum, Dr. Thon und Dr. Reich. Ein Teil der Zionisten, die mehr linkspolitisch eingestellt sind, hat sich in der zionistischen Arbeitspartei „Hitachdud“, die in Palästina entstand, vereinigt. Der zionistischen Weltorganisation sind auch die Misrachisten, eine orthodox-zionistische Organisation, deren Führer in Polen der Abgeordnete H. Farbstein ist, angeschlossen. Sie sind im Gegensatz zu den Zionisten religiös und wünschen den Aufbau Palästinas ohne Verletzung der jüdischen Tradition und des jüdischen Glaubens vorzunehmen. Die führenden zionistischen Presseorgane in Polen sind: die in der jüdischen Sprache erscheinenden „Hajnt“ und „Moment“ (Warschau), „Tagblatt“ (Lemberg) und die in der polnischen Sprache erscheinenden „Nowy dziennik“ (Krakau), „Chwila“ (Lemberg) und „Nasz Kurjer“ (Warschau). Die jüdischen Orthodoxen haben sich in Polen erst während des Weltkrieges organisiert. Sie sind dem orthodoxen Weltverband „Agudas Israel“, der im Jahre 1921 in Kattowitz gegründet wurde, angeschlossen. Die Orthodoxen Polens verlangten für die Juden die Gleichberechtigung als Staatsbürger, wobei sie starken Nachdruck auf die religiöse Seite legten. Sie sind zahlenmäßig sehr stark, unterliegen aber in der politischen Führung den Zionisten, da diese besser organisiert sind und geistig höher stehen. An der Spitze der Orthodoxen in Polen steht der Wunderrabbiner aus Góca Kalwarja Abram Alter und der Abg. Kirschbraun. Das Organ der Orthodoxen ist der „Jud“ in Warschau.

An den Weltkongressen der Zionisten nimmt auch die jüdische sozialdemokratische Partei „Poalej Zion“ (Rechte) teil, die der Hamburger Internationale angeschlossen ist und dort ihren Vertreter (Kaptanski) in der Exekutive hat, im Gegensatz zu der linken Organisation, der „Poalej Zion“, die die Moskauer 21 Punkte angenommen hat. Beide stehen auf marxistischer Grundlage. Bedeutend stärker als diese beiden Parteien ist der

Allgemeine Jüdische Arbeiterbund, kurz der Jüdische „Bund“ genannt, welcher im Jahre 1897 in Wilna gegründet wurde. Der „Bund“ ist eine marxistische Klassenpartei und führt als solche einen erbitterten Kampf gegen die jüdischen bürgerlichen Parteien. Für die jüdische Minderheit verlangt der Bund die kulturelle Autonomie in Polen. Die fast durchweg vom Bund beeinflussten jüdischen Arbeitergewerkschaften sind dem Zentralrat der Klassengewerkschaften in Polen autonom angeschlossen. Führende Stellungen in der Partei nehmen an der Jurist Ehrlich, Alter und Redakteur Michalewicz. Der Bund war der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossen. Das offizielle Presseorgan des „Bundes“ ist die „Volkszeitung“-Warschau, früher „Unser Leben“.

m) Die Ukrainischen Minderheiten. Fast die Hälfte der ungefähr $4\frac{1}{2}$ Millionen zählenden Ukrainer Polens bewohnt die polnischen Ostmarken, die übrigen Ostgalizien, und zwar überwiegend sie zahlenmäßig um vieles die örtliche polnische Bevölkerung. An den letzten Sejmwahlen beteiligten sich nur die Ukrainer der Ostmarken, da die Zugehörigkeit Ostgaliziens durch den Völkerbund noch nicht entschieden war. Der Standpunkt der ostgalizischen Ukrainer ist vorläufig intransigent, ihre politischen Ziele erstreben einen Zusammenschluß mit der russischen Ukraine. Mehr oder weniger nehmen alle Ukrainer trotz ihrer Beteiligung an den Wahlen den gleichen Standpunkt ein. Das Autonomiegesetz vom 26. September 1922 gibt dem ostgalizischen Gebiete administrative Selbstständigkeit unter Errichtung nationaler Kurien in den Vertretungskörpern, die den beiden ansässigen Nationen selbständige Verwaltung aller kultureller und gewisser wirtschaftlicher Angelegenheiten sichern soll. Tatsächlich aber ist dieses Gesetz noch nicht durchgeführt. Der Zusammenschluß in politische Parteien mit ausgeprägtem Programm findet zur Zeit erst statt. Es haben sich bereits sämtliche ukrainische sozialistische Parteien zusammengeschlossen und bilden die Ukrainische Sozialdemokratische Partei (U.S.P.D.). Diese erstreckt ihr Wirkungskreis über Ostgalizien und Wolhynien — diese Gebiete besitzen im Rahmen der Gesamtpartei autonome Selbstverwaltung — und ist die einflußreichste ukrainische Partei, die im Sejmklub 8 Abgeordnete zählt. Vorsitzender der Parteizentrale in Lemberg ist Matwich, derjenige für Wolhynien (Luck) der Abg. Paszezuk. Der überwiegend ländlichen Bevölkerung entsprechend, die politisch sehr radikal ist, berücksichtigt das neue Parteiprogramm in sehr weitgehender Weise die Agrarpolitik. Der Partei stehen folgende Wochenschriften zur Verfügung: „Zemlja i Wolja“ — Lemberg (Land und Freiheit), „Seljanska dolja“ — Luck (Bauernlos), „Nasze zytja“ — Chelm (Unser Leben), „Nowa Kultura“ — Lemberg (Neue Kultur) und die

Tageszeitung „Wpered“ (Vorwärts) in Lemberg. Gewerkschaftliche Organisationen sind erst im Entstehen. Dagegen bestehen fast überall kulturelle Organisationen. Die Betätigung in politischer und kultureller Hinsicht steht unter dem Drucke der polnischen Regierung.

Die ukrainische Trudowiki-Partei (Arbeitspartei) entstand im Jahre 1899 aus der früheren rechtsstehenden national-demokratischen Partei und führte in den Jahren 1907 bis 1911 erbitterte Wahlkämpfe bei den Wahlen für das österreichische Parlament. Die Partei steht auf dem Boden der politischen Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes. Ihre Parteiorgane sind die Tageszeitung „Die Tat“ in Lemberg und die Wochenschrift „Ukrainische Stimme“ in Przemysl.

n) Die weißrussische Minderheit. Die nationalen und politischen Bestrebungen der Weißrussen in Polen — fast zwei Millionen — sind ungefähr die gleichen wie die entsprechenden der ukrainischen Bevölkerung; deshalb gehen die Ukrainer und die Weißrussen in den meisten Fragen zusammen. Das Ziel der Weißrussen ist der Zusammenschluß aller Weißrussen, etwa 12 Millionen, zu einem unabhängigen Staate. Die nationale Zusammengehörigkeit überwiegt alle parteipolitischen Ziele, was allerdings bei dem Mangel an einer sozialen Schichtung, da fast nur das Bauernelement in Frage kommt, verhältnismäßig leicht ist. Es sind folgende Parteien zu erwähnen: die Christliche Volkspartei, deren Führer der Abg. Pfarrer Starzkiewicz ist und die sich aus den zahlreichen katholischen Weißrussen zusammensetzt, die weißrussische Sozialdemokratische Partei und die Partei der Sozialrevolutionäre. (Die beiden letzten Parteien führen Verhandlungen zwecks Zusammenschluß). Einer der bewährtesten Führer ist der ehemalige weißrussische Minister Antoni Luckiewicz (Sozialdemokrat). Die Weißrussen verfügen über die dreimal wöchentlich erscheinende radikale Volkszeitung „Smaganje“ (Kampf) und die Wochenschrift „Krynica“ (Quelle), das Organ der Christlichen Volkspartei. Beide Presseorgane erscheinen in Wilno.

4. Kritische Betrachtung der Wahlergebnisse zum verfassunggebenden Sejm 1919 und zum gesetzgebenden Sejm und Senat 1922.

Um objektiv die durch die letzten Sejm- und Senatswahlen November 1922 gekennzeichnete politisch-parlamentarische Entwicklung beurteilen zu können, ist es notwendig, einige wichtige Begebenheiten und Einzelheiten der Wahlen zum verfassunggebenden Sejm herauszuheben.

Der verfassunggebende Sejm vervollständigte sich viermal, und zwar

1. Die Wahlen am 9. Februar 1919 ergaben 301 Abgeordnete, wovon dem ehemaligen Kongreßpolen 230, Westgalizien 69, und der Stadt Lemberg 2 Abgeordnete zufielen; hinzukooptiert wurden alle ehemaligen polnischen Abgeordneten im galizischen und im preußischen Landtag, und zwar 28 Abgeordnete aus Ostgalizien, 11 aus Posen und Pomerellen, 5 aus Oberschlesien und 6 aus dem österreichischen Schlesien. Somit zählte der Sejm im ersten Abschnitt seiner Tätigkeit 351 Abgeordnete.

2. Nach den Wahlen im Bialystoker Bezirk und in der Provinz Posen zählte der Sejm 395 Abgeordnete; als hinzukooptiert zählten noch 41 Abgeordnete.

3. Die Wahlen in der Provinz Pomerellen führte dem Sejm 20 neue Abgeordnete zu.

4. Die vierte Teilwahl in dem Wilnaer Gebiet vergrößerte die Zahl der Mandate um weitere 20, sodaß die endgültige Zahl der Abgeordneten 432 betrug, darunter 38, die ohne Wahl hinzukooptiert wurden.

Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß der verfassunggebende Sejm in seiner Zusammensetzung bis zum Ende seiner Kadenz nicht alle Gebiete der Republik umfaßte, da in großen Gebietsteilen, wie in den Ostmarken (Polesje, Wolhynien) und Ostgalizien keine Wahlen stattfanden. Über 4 Millionen Einwohner, die an die 100 Abgeordnete zu stellen hatten, nahmen an den Wahlen nicht teil. Bei den ersten Wahlen zum verfassunggebenden Sejm wählten — nach Professor Buzek in seinem „Wahlgesetz für Sejm und Senat“ — ca. 5 104 000 Wähler, wovon auf die polnischen Listen 4 441 000 (87 Prozent), auf die jüdischen 506 000 (10 Prozent), auf die deutschen 157 000 (3 Prozent) Stimmen entfielen. Andere Minderheitslisten waren nicht vorhanden, da die von solchen Minderheiten bewohnten Gebiete an der Abstimmung nicht teilnahmen. Nur diesem Umstande ist es zu verdanken, daß der Sejm vom Jahre 1919 einen fast durchweg polnischen Charakter trug.

Die Zahl der bei den Wahlen zum verfassunggebenden Sejm (1919) abgegebenen Stimmen stellt sich wie folgt dar:

	Stimmen	%
Nationaler Volksverband	2 254 016	(41,6)
Polnische Volkspartei „Wyzwolenie“	810 854	(14,9)
Polnische Sozialistische Partei . . .	507 815	(9,4)
Polnische Volkspartei „Piast“	411 815	(7,6)
Polnische Nationale Arbeiterpartei .	255 159	(4,0)
Polnische Volksvereinigung	189 578	(3,5)
Polnische Volkspartei (linke)	188 972	(3,4)
Katholische Volkspartei	86 113	(1,6)
Verschiedene polnische Parteien . .	107 857	(2,0)
Deutsche	164 354	(3,5)
Juden	478 225	(8,5)

In Bezug auf die Parteizusammensetzung und die Entwicklung, die die einzelnen Parteien während der Sejmkadenz durchmachten, zeigte der verfassunggebende Sejm eine große Beweglichkeit und Änderungsfähigkeit.

Der Nationale Volksverband führte in den Sejm 108 Abgeordnete (31,1 %) ein. Die Zahl der Abgeordneten stieg später bis auf 145 und sank dann bis auf 81. Neue Parteigruppen entstanden, und zwar: die Nationale Christliche Volkspartei (26 Abg.), die Bürgervereinigung (11) und die nationale Arbeiterpartei (6).

Eine interessante Entwicklung vollzog sich im größten Klub des verfassunggebenden Sejms, in der Polnischen Volkspartei (Piast). Dieser Klub zählte am Anfang 44 Abgeordnete (12,6 %). Nach der Fusion mit der polnischen Volkspartei „Wyzwolenie“ brachte er es auf 105 Abgeordnete; nach dem späteren Ausscheiden der Wyzwoleniegruppe verblieben im Klub 85 Abgeordnete. Dementsprechend änderte sich die Zahl der Abgeordneten in der Wyzwoleniegruppe. Anfangs zählte dieser Klub 57 (16,3 %) Abgeordnete, dann am Ende der Sejmkadenz nur noch 24 Abgeordnete, da ein Teil in der Piastgruppe blieb.

Noch mehr Änderungen kann die Nationale Volksvereinigung aufweisen. Ohne ideellen Zusammenhang wurden aus verschiedenen Elementen „Sejmkombinationen“ gemacht. So vereinigte man sich unter der Leitung des Abg. Skulski mit der Polnischen Volksvereinigung zu einem Klub, der 72 Abgeordnete zählte. Es war dies aber nur eine Filiale des Nationalen Volksverbandes (Rechte). Nach der Sezession des Abg. Dubanowicz verkleinerte sich die Skulskigruppe auf 42 Abgeordnete, wird politisch selbständig, um endlich wieder in die Abhängigkeit von der Rechten zu gelangen.

Dagegen konnte die Polnische Sozialistische Partei ihre Abgeordnetenzahl (35) von Anfang bis zum Schluß der Kadenz aufrecht erhalten.

Alle oben erwähnten „Entwicklungen“ oder „Sejmkombinationen“, die auf parlamentarischem Boden vollzogen wurden, eignen sich nicht als Vergleichsmaßstab der politischen Neueinstellungen der Wählermassen. Ein Beweis dafür sind das Verschwinden der Skulskigruppe sowie des Bürgerklubs bei den Wahlen 1922 und die Wahlergebnisse im November 1922.

Von den 27 160 163 Einwohnern Polens waren 13 011 693 wahlberechtigt; tatsächlich beteiligten sich 8 763 313 (67,7 $\frac{0}{100}$) Wähler an der Wahl.

Das Wahlergebnis der Sejm wahlen im Jahre 1922 ist folgendes:

	Stimmzahl:	Mandate	
		in den Bezirken:	mit der Staatsliste:
Christlicher Verband der Nationalen Einheit (Nationaler Volksverband, Christl. nat. Klub, Christl. Demokratie)	2 551 451 (29,0 $\frac{0}{100}$)	134	163
Polnische Volkspartei (Piast)	1 153 108 (13,0 $\frac{0}{100}$)	58	70
Polnische Volkspartei „Wyzwolenie“	963 515 (11,0 $\frac{0}{100}$)	41	49
Poln. Sozialistische Partei	906 182 (10,3 $\frac{0}{100}$)	34	41
Poln. Nation. Arbeiterpartei	473 941 (5,4 $\frac{0}{100}$)	15	18
Polnisches Zentrum	295 822 (2,9 $\frac{0}{100}$)	6	6
Radikale Bauernpartei (Pfarrer Okon)	115 496 (1,3 $\frac{0}{100}$)	4	4
Kommunisten	121 453 (1,4 $\frac{0}{100}$)	2	2
Poln. Volkspartei (Linke)	59 090 (0,7 $\frac{0}{100}$)	2	2
Minderheitenblock (Deutsche, Juden, Ukrainer, Weißrussen)	1 398 441 (16,0 $\frac{0}{100}$)	55	66
Zionisten aus Galizien (Juden)	175 304 (2,0 $\frac{0}{100}$)	13	15
Nationale Juden aus Galizien	81 325 (0,9 $\frac{0}{100}$)	2	2
Allgem. jüd. Arbeiterbund	81 473 (0,9 $\frac{0}{100}$)	—	—
Bürgerliches Zentrum	29 611 (0,3 $\frac{0}{100}$)	—	—
Demokrat. parlament. Union	38 159 (0,4 $\frac{0}{100}$)	—	—
Galiz. Ukrainer (chliboroby)	87 633 (1,0 $\frac{0}{100}$)	5	5
Jüdische Volkspartei	53 649 (0,6 $\frac{0}{100}$)	1	1

Bei den Senats wahlen 1922 erhielten:

Christlicher Verband der nationalen Einheit	48	Senatoren
Polnische Volkspartei „Piast“	17	„
Polnische Volkspartei „Wyzwolenie“	8	„
Polnische Sozialistische Partei	7	„
Polnische Nationale Arbeiterpartei	3	„
Minderheitenblock	22	„
Juden aus Galizien	5	„
Ostmarkenvereinigung	1	„

Aus obigen Tabellen ist ersichtlich, daß der Zweck der neuen Wahlordnung, die nationalen und sozialen Minderheiten nicht zu einer ihrer Stärke entsprechenden Vertretung gelangen zu lassen, teilweise erreicht worden ist. Das neue Wahlgesetz besitzt eine für die nationalen Minderheiten sehr ungünstige Wahlbezirkseinteilung und gibt den größeren Parteien (deshalb Wahlblocks bei den Wahlen) bei der Verteilung der Mandate von der Staatsliste erhebliche Vorteile zu Ungunsten der kleineren, da die Mandate von der Staatsliste nicht auf Grund der gesammelten Reststimmen aus den Wahlbezirken, sondern gemäß den erlangten Bezirksmandaten und dann auch nur, wenn die Partei in 6 Wahlbezirken mindestens je einen Sitz erobert hat, zugesprochen werden. Auch die Festsetzung der Mandatenzahl für die einzelnen Wahlbezirke ist eine krasse Vergewaltigung der nationalen Minderheiten. So erhielt die Stadt Krakau, die durchweg polnisch ist, einen Sitz für ungefähr 40 000 Einwohner, dagegen würde dem Wahlbezirk Luck (Ostmarken), wo nur nationale Minderheiten wohnen, ein Mandat auf 111 000 Einwohner zugesprochen. Die erreichten Stimmzahlen weichen — im Verhältnis betrachtet — sehr von den zugesprochenen Zahlen der Sitze ab. So hat der Wahlblock der Rechtsparteien, der Christliche Verband der Nationalen Einheit, der nur 29 % der gesamten Stimmzahl auf sich vereinigt hatte, 36,7 % aller Mandate erhalten. Die Kommunisten brachten 1,4 % der Stimmen auf, erhielten aber nur 2 Mandate (0,45 %). Bei den Kommunisten waren somit 60 726 Stimmen für ein Mandat notwendig, dagegen bei dem Rechtsblock nur 19 000 Stimmen. Etwas weniger auffallend läßt sich dieses Mißverhältnis auch bei den anderen Parteien feststellen. Je weniger Stimmen eine Partei auf sich vereinigte, desto größer mußte die Stimmzahl sein, um einen Sitz im Parlamente zu erlangen.

5. Die Kräfteverteilung im gegenwärtigen Sejm.

Die geringe Umgruppierung, die nach den Wahlen im Sejm stattgefunden hat, ergibt zur Zeit folgende Kräfteverteilung:

A. Die Gruppe des Christlichen Verbandes der Nationalen Einheit.

Der Nationale Volksverband umfaßt 98 Abgeordnete und bildet den Kern des Rechtsblockes. Im Nationalen Volksverband spielen die Hauptrollen die Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei. Außer diesen Mitgliedern traten dieser Gruppe Abgeordnete bei, die auf den Listen des Wahlblocks der Rechten als Vertreter besonderer Interessenorganisationen, welche diese Listen unterstützten, gewählt wurden (Landleute, Industrielle, Handwerker). Führer dieser Nationaldemokratischen Gruppe ist der ehemalige österreichische Abgeordnete und Eisenbahnminister Dr. Stanislaus Glombinski.

Der Christlich-Nationale Klub, auch Dubanowicz-Klub genannt, zerfiel ursprünglich in drei Untergruppen. Die erste Untergruppe bildete die Christlich Nationale Volkspartei, zu der auch die ehemaligen Anhänger Dubanowicz's und einige Konservative aus Ostgalizien gehörten. Die zweite Untergruppe, die konservativen Bauern und Großgrundbesitzer aus den ehemals preußischen Gebieten bildete die Christlich Nationale Partei der Landwirte. Die dritte Untergruppe bildete ursprünglich die Katholische Volkspartei oder die Matakewicz-Gruppe, genannt nach ihrem Führer. Später trat Dr. Matakewicz aus dem Dubanowicz-Klub aus und gruppierte um sich 4 Abgeordnete. Gegenwärtig zählt der Christlich-Nationale Klub 24 Abgeordnete. Vorsitzender ist Abg. Eduard Dubanowicz.

Die Gruppe der christlichen Demokratie zog in den Sejm ebenfalls auf der Liste des Rechtsblocks ein. Sie zählt 43 Mitglieder. Innerhalb dieser Gruppe bekämpfen sich zwei Strömungen: die katholische, die die Gruppe von den nationaldemokratischen Einflüssen unabhängig machen will, und die nationaldemokratische, die darnach strebt, aus der Christlichen Demokratie eine Filiale des Nationalen Volksverbandes zu machen. Fraktionsvorsitzender der Christlichen Demokratie ist Abg. Josef Chacinski, ihr eigentlicher Führer aber ist Abg. Wojciech Korfanty, der ehemalige polnische Abgeordnete im Deutschen Reichstag und z. Zt. der Abstimmung in Oberschlesien polnischer Abstimmungskommissar.

B. Die Bauerngruppen.

Die polnische Volkspartei „Piast“, die oft auch nach ihrem langjährigen und unbestrittenen Führer Wicenty Witos einfach als „Witos-Partei“ bezeichnet wird, setzt sich aus 42 Abgeordneten zusammen. Die Witos-Partei, die Partei der Großbauern, zog in den Sejm mit 68 Abgeordneten ein. Bei der Übernahme der Regierung durch Witos im April 1923 verweigerten 12 Abgeordnete (Gruppe Dombiski), ihrem bisherigen Hauptführer die Gefolgschaft, da sie die auf ein Regierungsbündnis mit dem Rechtsblock gerichtete Politik der Partei nicht mitmachen wollten.

Beim Sturze der Regierung Witos, die bei der Sejmdebatte über das Agrargesetz erfolgte, verließen weitere 14 Abgeordnete unter Führung des Abgeordneten Beryl und Pluta den Piastklub und bildeten eine selbständige Fraktion, die der polnischen Volksparteiler.

Die Fraktion der Polnischen Volkspartei „Wyzwolenie“ eroberte bei den Wahlen 48 Sitze. Diese linksorientierte Partei vertritt im Sejm das kleinbäuerliche und bodenarme Bauernelement. In ihr machen sich zwei Strömungen bemerkbar: eine gemäßigte, die der bewährte Bauernführer und

erster polnische Innenminister Abg. Stanislaus Thugutt, der einer alten deutschen Einwanderfamilie entstammt, repräsentiert und eine radikale, deren Vertreter die Abgeordneten Rudzinski und Chominski sind.

Die aus der Witospartei, unter Führung Dombkis, ausgeschiedenen 12 Abgeordneten, die längere Zeit parlamentarisch selbständig auftraten, schlossen sich auf Grund entsprechender Abmachungen mit der Wyzwolenie-Partei zusammen, so daß der „Verband der Polnischen Volksparteien“ (Wyzwoleniepartei und Dombkigruppe) 60 Abgeordnete zählt. Zum Vorsitzenden der Partei wurden Abg. Jan Dombki, zum Vorsitzenden des Sejmklubs Abg. St. Thugutt gewählt.

Der radikalen Bauernpartei des Pfarrers Okon (mit 4 Abgeordneten) wird keine besondere politische Bedeutung zugeschrieben.

C. Die Arbeiterparteien.

Die Polnische Sozialistische Partei zählt im Sejm 41 Abgeordnete, darunter auch viele Männer mit höherer und Hochschulbildung. Sie ist Vertreterin des arbeitenden Volkes. Ihr Einfluß auf die parlamentarische Tätigkeit ist groß, nicht nur rein zahlenmäßig, sondern durch die Aktivität, die bei den Verhandlungen in den Vordergrund tritt. Vorsitzender der Sejmfraktion ist der Warschauer Abgeordnete Norbert Barlicki, stellvertretender Vorsitzender Jendrzej Moraczewski, der erste Präsident Polens. Als führende Abgeordnete des rechten Flügels wären noch die Abgeordneten Ignaz Daszynski, Dr. Diamant und Perl zu verzeichnen. Der linke Flügel, der immer mehr an Boden gewinnt, wird geführt von den Abgeordneten Dr. Pragier und Zaremba. Jendrzej Moraczewski, der erste Ministerpräsident Polens. Als führende Abgeordnete des rechten Flügels wären noch die Abgeordneten Ignaz Daszynski, Dr. Diamant und Perl zu verzeichnen. Der linke Flügel, der immer mehr an Boden gewinnt, wird geführt von den Abgeordneten Dr. Pragier und Zaremba.

Die Polnische Nationale Arbeiterpartei erhielt ihre Mandate, 18 an der Zahl, von der nationalen, nicht sozialistisch orientierten polnischen Arbeiterschaft. Ihre ansehnliche Stimmenzahl eroberte sie in den ehemals deutschen Gebieten, Posen, Pomerellen und Oberschlesien; in Kongreßpolen kamen nur zwei Abgeordnete durch. Politisch ist die Partei noch nicht klarzielig, da sie fast jede neue Regierungsmehrheit unterstützt. Nur zwei Abgeordnete treten in den Vordergrund; es sind dies der rechts orientierte frühere Fraktionsführer Dr. St. Wachowiak und sein Stellvertreter Chondzynski. Durch die in der letzten Zeit stattgefundene Linksschwenkung mußte Abg.

Wachowiak den Vorsitz dem Abg. Waszkiewier-Lodz übergeben.

Die Kommunistische Partei vertreten nur zwei Abgeordnete: Stefan Krulikowski und St. Lancucki, trotzdem die bei den Wahlen aufgebrauchte Stimmenzahl auf 5 Mandate Anspruch erheben könnte.

D. Nationale Minderheiten.

Die Minderheiten Polens erreichten ihre Vertretung im Sejm durch eine gemeinsame Wahlliste im ganzen Reiche, durch die Minderheitenliste. Im Sejm bildeten dann die Minderheiten Nationalitätenfraktionen.

Die Vereinigung der deutschen Sejmabgeordneten setzt sich aus 17 Mitgliedern zusammen. Die Abgeordneten verteilen sich auf die Gebiete Polens wie folgt: ehemals preuß. Teilgebiet 6, Kongreßpolen 5, Oberschlesien 4, österr. Schlesien 1 und Wolhynien 1. In der deutschen Fraktion finden sich — dies ist auch bei den andern Minderheitsfraktionen der Fall — Vertreter aller Schattierungen der wirtschaftspolitischen Anschauungen durch das gemeinsame Band der Nationalität vereinigt. So ist auch in der deutschen Sejmvereinigung der sozialistische Gedanke durch die Abgeordneten Artur Kronig, Emil Zerbe und Artur Pankratz vertreten. Die bürgerliche Richtung vertreten: Domherr Klinke, Danko, Graebe, Moritz (Deutsche Vereinigung für Posen und Pomerellen); Piesch, Rosumek (Deutsche Partei in Schlesien); Franz Wlodasch, Krajczrski (Katholische Volkspartei in Schlesien); Spickermann (Bürgerliche Deutsche Partei); Utta, Karau, Somschor (parteilose Bauernvertreter für ehemals russische Gebiete). Nur in nationalen und Minderheitenfragen wird gemeinsam vorgegangen; die Stellungnahme zu sozialpolitischen Fragen wird jedem einzelnen Abgeordneten überlassen. Fraktionsvorsitzender ist der Abgeordnete Eugen Naumann (Parchim), ehemaliger deutscher Landrat und konservatives Mitglied des preußischen Landtags.

Der jüdische Klub zählt 34 Abgeordnete, darunter 15 zionistische Abgeordnete aus Galizien, die eine eigene Wahlliste aufgestellt hatten. Den überwiegenden Einfluß besitzen die zionistischen Abgeordneten aus Kongreßpolen und Galizien. Außer den Zionisten sind vertreten die Misrachisten, Orthodoxen und die zionistische Arbeiterpartei „Hitachdut“ (Eintracht); die Leitung der Fraktion untersteht 4 Vorsitzenden mit gleichen Rechten. Es sind dies die Abgeordneten Rabbiner Dr. O. Thon und Dr. Leo Reich aus Galizien, Rechtsanwalt G. Grünbaum und H. Farbstein aus Kongreßpolen.

Die Ukrainische Fraktion setzt sich aus 20 Abgeordneten, die in ehemals russischen Gebieten gewählt wurden, zusammen. Fraktionsvorsitzender ist Abg. Samuel Podhorski,

Rechtsanwalt. Neun sozialistische Abgeordnete haben sich unter Leitung des Abgeordneten Jakob Wojtjnk in der gemeinsamen ukrainischen Fraktion als sozialistische Gruppe konstituiert.

Die 11 weißrussischen Abgeordneten unter dem Vorsitz des Abg. B. Faraszkievicz (Sozialdemokrat) bilden die Weißrussische Fraktion. Fünf Abgeordnete sind Sozialisten.

Der Klub der Chliboroben (Ukrainische Bauern) des Pfarrers Ilkow setzt sich aus ostgalizischen Ukrainern zusammen, die sich entgegen dem Willen ihrer engeren Landsleute an den Wahlen beteiligten. Dieser Klub zählt 5 Mitglieder, die mit den polnischen rechtsnationalen Parteien Hand in Hand gehen. Sie stehen auch in keinerlei Verbindung mit den anderen Minderheiten.

Insgesamt zählt der Sejm 444 Abgeordnete.

6. Außenpolitisches.

Durch die am 10. Januar erfolgte Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages durch die Ententestaaten wurde die rechtliche Grundlage des polnischen Staates geschaffen. Der Vertrag weist aber in gewissen Fragen nur Richtlinien auf, die weitere Beschlüsse der Botschafterkonferenz erforderten, um die Stabilisierung der jetzigen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa und gewissermaßen die Ausfüllung des durch den Versailler Vertrag in Europa geschaffenen Rahmens mit lebendigem Inhalt herbeizuführen. Vier Jahre lang stellte Polen eine fast beispiellose Anomalie dar: es war ein Reich ohne Grenzen. Durch die jüngsten Beschlüsse der Botschafterkonferenz wurde diese Anomalie behoben. Durch die Entscheidung vom 15. März 1923 ist Polen Ostgalizien, sowie das Gebiet von Wilna zugesprochen und die russisch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Riga festsetzt, bestätigt worden. Polen bildet nunmehr ein fest umrissenes territoriales Gebilde. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die endgültige Festsetzung der polnischen Grenzen nicht die Liquidierung sämtlicher außenpolitischen Streitfragen herbeigeführt hat. Polen ist von Nachbarn umgeben, mit denen es nicht gerade auf freundschaftlichem Fuße steht.

Wenn von polnischer Seite, die jeweiligen Regierungen mit eingeschlossen, grundsätzliche Erwägungen darüber angestellt werden, welche Tatsachen die Außenpolitik Polens bestimmen müßten, dann wird fast immer am meisten in den Vordergrund gerückt dieses eine: Polen ist von Nachbarn umgeben, die ihm nicht wohlwollen; es muß daher dauernd auf der Hut sein, kann ein starkes Heer nicht entbehren und muß eine Politik jederzeitiger Abwehrbereitschaft treiben. Daß aber sämtliche Auseinandersetzungen Polens mit seinen Nachbarn,

sämtliche Verhandlungen über Gebiets- und Rechtsfragen dazu führten, daß in den Herzen derer, die jenseits der rot-weißen Grenzpfähle leben, ein Stachel zurückbleibt, ist eine Tatsache, die nicht weggeleugnet werden darf. Man trifft vielleicht das Richtigste, wenn man sagt, daß der Fehler dieser Politik darin bestand und noch besteht, daß sie die Dienerin eines zu weit getriebenen nationalen Egoismus wurde. Die große Zahl der gewechselten Noten zeigt, daß dies Verhältnis besonders in der letzten Zeit keinesfalls besser geworden ist trotz der vielfachen Verhandlungen, die bisher stattfanden. Die Ursachen der ständigen Streitfragen liegen hauptsächlich in den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, dem Polen und die meisten Nachbarn die Staatenbildung verdanken. Völkerbundskommissare und auch der Völkerbund selbst werden von diesen Staaten recht oft in Anspruch genommen.

Besonders ist Danzig einer der Staaten, mit dem Polen seit der Begründung der Freien Stadt Danzig Differenzen hatte. Der Friedensvertrag von Versailles (Art. 104) enthält Bestimmungen, die eine verschiedene Auslegung zulassen, desgleichen die Konventionen vom 9. November 1920 und 24. Oktober 1921, welche zwischen Polen und Danzig abgeschlossen wurden. Die abgeschlossenen Verträge gewähren Polen in Danzig gewisse Rechte; Danzig und Polen bilden ein einziges Zoll- und Eisenbahngebiet; freie Warenein- und Ausfuhr sowie gesicherter Zugang zum Meere für Polen, Leitung der Danziger auswärtigen Angelegenheiten durch Polen gehören hierhin. Andererseits soll Danzig wiederum ein unabhängiger Freistaat sein. Polen hat aus wirtschaftlichen Gründen ein großes Interesse daran, in Danzig recht weitgehende Rechte zu besitzen; es glaubt aber, daß Danzig ihm bei Ausübung mancher dieser Rechte Schwierigkeiten bereite. Danzig wiederum glaubt, daß Polen versucht, sich in Danzig Rechte anzumaßen, die ihm nicht zustehen, und fühlt sich dadurch in seiner Selbständigkeit bedroht. Es besteht gegenseitig ein ziemlich starkes Mißtrauen, das durch die radikale Presse in beiden Lagern noch verstärkt wird.

Jede Völkerbundstagung hatte sich bisher mit polnisch-Danziger Fragen zu befassen. So auch die letzte im Juli 1923. Polen verlangte die Revision der bestehenden gegenseitigen Verpflichtungen mit dem Hinweis darauf, daß die Grundlage der Rechte Polens in Danzig der Artikel 104 des Versailler Vertrages bildet und nicht das Abkommen vom Jahre 1920. Nur der Artikel 104 könne zur Lösung strittiger Fragen angewandt werden. Der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Mac Donell, stellte sich auf einen anderen Standpunkt, indem er die Streitfragen im Sinne des Abkommens entschied. Es handelte sich für Polen nicht nur um die Anerkennung der Suprematiestellung des Versailler Vertrages vor dem Abkommen durch den Völkerbund,

sondern auch um die Änderung des Kompetenzbereichs des Völkerbundskommissars. Diese beiden Wünsche hat der Rat des Völkerbundes abgelehnt. Die Bestimmungen des Abkommens vom Jahre 1920 bleiben zu Recht bestehen und sind das Kriterium der polnisch-Danziger Verhältnisse. Der Oberkommissar verfügt über ein weitgehendes Recht der Entscheidung. Der Völkerbund bleibt die Berufungsinstanz, wie es auch bis jetzt der Fall war. Somit sind Polen und Danzig auf den Weg der gegenseitigen Verständigung hingewiesen worden. — In beiderseitigem Interesse wäre es daher nur zu wünschen, daß die vorhandenen Differenzen recht bald ausgeglichen werden, da beide Staaten wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind.

Ähnlich sind die Beziehungen Polens zu Litauen, das das Memelland, auf das Deutschland durch das Versailler Diktat zugunsten der alliierten Hauptmächte verzichten mußte, für sich unter Nichtachtung aller Rechtsbegriffe und Verträge mit Besitz belegte. Polen, nicht einverstanden mit dieser Lösung, verlangte nun, daß ihm Vergünstigungen hinsichtlich des Eisenbahn- und Wassertransitverkehrs eingeräumt werden. Durch das Memelstatut des Botschafferrates wurden Polens Wünsche anerkannt. Litauen spricht sich aber gegen irgendwelche Privilegien Polens im Memeler Bezirk aus, die die Souveränität des litauischen Staates beschränken könnten. Litauen wandte die Methode an, die es von Polen in der Wilnaer Frage gelernt hat. Es besetzte auf eigene Faust Memel wie Polen seinerzeit das Wilnaer Gebiet, auf das Litauen Rechtstitel zu haben glaubte. Die nachträglich stattgefundene Sanktionierung der Besetzung des Wilnaer Gebiets durch Polen rief Proteste von Seiten Litauens und Rußland hervor. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 hat Ostgalizien dem polnischen Staate einverleibt. Bis dahin unterstand dieses Gebiet nur der polnischen Verwaltung. Diese Einverleibung Ostgaliziens stieß auf nachdrückliche Proteste nicht nur der Ukrainer Ostgaliziens, sondern auch der ukrainischen Bevölkerung von Wolhynien und Polesje, da diese eine Wiedervereinigung aller ethnographisch ukrainischen Gebiete zu einem großen Staate anstrebt. Die Frage, ob Polen es verstehen wird, die berechtigten autonomenkulturellen Wünsche dieser 5 Millionen zählenden ukrainischen Bevölkerung zu befriedigen, ist für die weitere Entwicklung der polnischen Republik von entscheidener Bedeutung.

Noch eine außenpolitische Frage wartet der Entscheidung durch den Völkerbund. Es ist dies die Jaworinaangelegenheit. Polen fordert dieses Gebiet für sich, was von Tschechien mit Entrüstung abgelehnt wird. Die Jaworina ist ein kleiner Gebietszipfel in der Hohen Tatra, der zwischen Polen und der Tschechoslowakei strittig geblieben ist, da die Polen nicht geneigt waren, die von der Abgrenzungskommission

gezogene Linie anzuerkennen. Das kleine Gebiet hat früher zu Ungarn gehört, dessen Erben in diesem Teil die Tschechen geworden sind, ist aber nur von Polen (1500 Einwohner) bewohnt. Trotz der Geringfügigkeit des Gegenstandes sind alle Einigungsversuche gescheitert, und so hat endlich der Pariser Botschafterrat die Frage dem Völkerbund und dieser wieder dem Haager Schiedsgericht überwiesen, auf dessen Entscheidung hin, die die Delimitationslinie vom 28. Juli 1920 mit zulässigen geringen Verschiebungen als fest und endgültig — also gegen die polnische Auffassung — betrachtet, nun wieder der Völkerbund den entgeltlichen Spruch abzugeben hat.

Von großer außenpolitischer, aber auch wirtschaftlicher Bedeutung ist das Verhältnis Polens zu seinen zwei größten Nachbarn im Osten und Westen, zu Deutschland und Rußland. Die Verhandlungen in Dresden, die seit Oktober 1922 ununterbrochen geführt werden, haben bis heute zu keinem nennenswerten Ergebnis geführt. Die Aufhebung der deutschen Ausfuhrsperrre gegen Polen ist bereits von Deutschland zugestanden worden. Dagegen ist die viel wichtigere Frage der Staatsangehörigkeit und das Verhalten Polens in der Ansiedlerfrage noch nicht geregelt. Es wäre zu wünschen, daß diese strittigen Fragen so gelöst werden, daß sie dem Geiste und dem Wortlaut des Minderheitenschutzgesetzes und den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechen und die Rechte der deutschen Minderheit so sicherstellen, daß keine untergeordnete Stelle den deutschen gegenüber ein Willkürregiment ausüben kann. — Nach den Rigaer Vertrag und der Anerkennung der Ostgrenzen durch die Entente geht Polen nunmehr an die Sicherung der Grenze mit Rußland, nach dem man vier Jahre lang der russischen Frage möglichst auswich. Polen kennt zwei russische Fragen: Das Verhältnis zum bolschewistischen und das Verhältnis zum „kommenden“ Rußland. Die Stellungnahme Polens in diesen Fragen ist aber ziemlich unklar und erst jetzt beginnt man, dieses Grundproblem zu klären.

Litauen.

Aus dem Esperanto verdeutscht vom Herausgeber.

1. Allgemeines.

Litauen (Lietuva, sprich Ljetuvà) ist kein neues politisches Gebilde; die Schöpfung des litauischen Staates ist vielmehr nur ein Wiederaufleben unter neuen Verhältnissen und Bedingungen. Die Litauer errichteten ihren Staat in der Mitte des 13. Jahrhunderts. Gründer dieses Staates ist der Litauische Herzog Mindaugas. In Folge der Kämpfe mit den deutschen Ordensleuten verband sich Litauen im 14. Jahrhundert mit Polen, dem nächsten Nachbar. Zur Befestigung dieser Verbindung vermählte sich der litauische Großherzog Jogaila mit der polnischen Prinzessin Jadorga; so wurde die erste Union im Jahre 1386 hergestellt, die im Jahre 1569 in Lublin dadurch gestärkt wurde, daß ein gemeinsamer Staat mit gemeinsam gewähltem König errichtet wurde; letzterer trug neben seinem polnischen Königstitel auch den Titel eines litauischen Großherzogs. Senat und Parlament wurden gemeinsam gewählt; ebenso stand die Außenpolitik unter einheitlicher Leitung. Wenn Litauen auch sonst seine eigene Regierung, Heerwesen, Rechtswesen, Schatzwesen und Verwaltung beibehielt, gestaltete sich die Einigung mit Polen gleichwohl nicht herzlich. Der litauische Separatismus zeigte sich in allen Angelegenheiten des staatlichen Lebens. Wegen des Krieges mit den Schweden gegen Rußland unter Peter dem Großen fielen Litauen und Polen auseinander; der Staat wurde dreimal geteilt zwischen Rußland, Österreich und Preußen. Die dritte Teilung im Jahre 1795 beendete einen bedeutenden Abschnitt sowohl des litauischen als auch des polnischen Staates.

Vom Jahre 1795 bis zum Weltkriege währte die Periode der Abhängigkeit Litauens. In politischer Beziehung änderte sich die Lage Litauens nicht bis zum Weltkrieg. Während des Weltkrieges wurde Litauen ein furchtbarer Schauplatz der Kämpfe zwischen den gigantischen Armeen Rußlands und Deutschlands. Dann ging Litauen durch die Bemühungen der litauischen Patrioten und infolge des Zusammenbruchs der deutschen und der russischen Monarchie aus dem Weltkrieg als unabhängiger Staat hervor: Der litauische Staatsrat (Valstybės Taryba) rief am 16. Februar 1918 die Unabhängigkeit Litauens aus und trieb die staatliche Entawicklung weiter.

Unter großen Schwierigkeiten entstand so ein neues Litauen, das gleichzeitig einen blutigen bolschewistischen Angriff, ferner das unglückliche Bermontabenteuer und den unaussprechlich grausamen Einfall der Polen mit dem Vorgehen Zeligowskis, der auf Warschauer Befehl die Hauptstadt des Staates mit einem großen Landstück aus dem Staate herausriß, durchleben mußte. Dieser Raub wurde vom Völkerbund sanktioniert, aber von Litauen nicht anerkannt.

Der Flächenumfang beträgt bei Zugrundelegung der Grenzen, die am 12. Juli 1920 mit Rußland festgesetzt wurden, etwa 85 000 qkm. Dazu gehören die ehemaligen Gouvernements Kaunas (Kowno), Vilnius (Wilna) ohne die Distrikte von Disna und Vileika, Suwalki ohne den westlichen Teil, ein Teil von Gardinas und die Gegend von Klaipéda (Memelgebiet). Memel wurde von den alliierten Mächten den Litauern zugesprochen. In polnischem Besitze befinden sich heute noch die Landeshauptstadt und ein Drittel des gesamten litauischen Territoriums.

Die Einwohnerzahl beträgt ohne Wilna und das Memelgebiet nach der letzten Volkszählung vom September 1923 insgesamt 2 012 173, und zwar 963 765 Männer und 1 048 408 Frauen. Der Nationalität nahe sind

Litauer	84,4 %
Juden	7,6 %
Polen	3,2 %
Russen	2,4 %
Deutsche	1,2 %
Letten	0,7 %
Andere	0,2 %
Ausländer	0,3 %

Vor dem Kriege hatte Litauen eine Bevölkerung von 4,5 Millionen Einwohnern, hat also durch die Kriegsergebnisse sehr stark gelitten.

Der Religion nach sind 82 % römische Katholiken und 3 % Protestanten, während der Rest sich auf die anderen Bekenntnisse, insbesondere die Juden, verteilt. Die Hauptbeschäftigung der Litauer ist die Landwirtschaft. Der übrige Teil entfällt vornehmlich auf Industrie und Handel.

Nach der Verfassung vom 1. August 1922 ist Litauen eine demokratische Republik. Alle Bürger, Männer und Frauen, sind vor dem Gesetze gleich; Privilegien irgend welcher Art gibt es nicht. Die Gesetzgebung steht dem Parlament zu (Seimas), das aus einer für drei Jahre gewählten Kammer besteht. Die Abgeordneten werden nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Verhältniswahlrecht gewählt. Wahlberechtigt sind alle Frauen und Männer vom 21. Jahre ab, soweit sie sich im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte befinden. Das passive

Wahlrecht beginnt mit 24 Jahren. Auf je 25 000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Die Regierung wird gebildet vom Staatspräsidenten und vom Ministerium. Den Präsidenten wählt das Parlament im geheimen Wahlgange mit absoluter Stimmenmehrheit. Zu diesem Amte kann jeder litauische Staatsbürger gewählt werden, wenn er das passive Wahlrecht besitzt und 35 Jahre alt ist. Derselbe Präsident kann nur zwei Perioden nacheinander gewählt werden. Er hat das Recht der Parlamentsauflösung und das Vetorecht gegen dessen Beschlüsse.

2. Die Parteien und ihre Entwicklung.

Am Ende des 19. Jahrhunderts traten litauische Patrioten in der Landbevölkerung auf (der Adel war bereits polnisch geworden), die den Kampf mit allen Gegnern der litauischen Nation aufnahmen. Es war ihre erste Aufgabe, das unterdrückte litauische Nationalgefühl wieder zu erwecken. Zu diesem Zweck gab man die erste litauische nationale Zeitung heraus mit dem Namen „Ausra“ (Morgenröte), und zwar im preußischen „Kleinlitauen“ (1883), (Memelgebiet Der Herausgeber), weil im russischen Großlitauen die litauische Presse verboten war; um diese Zeitung gruppierten sich alle lebensfähigen Kräfte des litauischen Volkes: Katholiken und Antikatholiken, Priester und die anderen Intellektuellen. Aber schon zu Beginn tat sich eine große Meinungsverschiedenheit kund: Jene wollten Litauen auf katholischer Grundlage wiederaufbauen, diese auf religionslosem oder sogar religionsfeindlichem Boden. Als die „Ausra“ im Jahre 1886 ihr Erscheinen einstellte, begannen die Antikatholiken mit der Herausgabe der Zeitungen „Varpas“ (Glocke), „Naujienos“ (Neuigkeiten) und „Ukininkas“ (Bauer, Wirt), die Katholiken mit der Herausgabe von „Apzvalga“ (Rundschau), „Kryzius“ (Kreuz), „Tevynes Sargas“ (Hüter des Vaterlandes) und anderen. So ist die Zeit der „Ausra“ (1883—1886) die Zeit der Entstehung der litauischen Parteien. Im Jahre 1904, als die Russen die litauische Presse wieder erlaubten, ging die kulturelle nationale Arbeit auf das russisch-litauische Gebiet über. Diese Tätigkeit bereitete dann den Boden für die politische Arbeit vor. Im Jahre 1905 erhielt das litauische Land eine wenn auch nur geringe politische Freiheit, und sofort taten sich drei politische Strömungen hervor, die während des groß-litauischen Seimas (Landtag) in Wilna auftraten. Diese waren die „Krikscionys Demokratai“ (christliche Demokratie), die Sozialisten und die „Tautininkai“ (Nationalisten). Als der Weltkrieg begann, flohen viele Litauer freiwillig oder gezwungen nach Rußland. Die russische Revolution zersprengte die Fesseln und eröffnete der politischen Arbeit Tür und Tor. Nun waren die litauischen Parteien frei und konnten ihr Programm ausarbeiten und in Form bringen.

Die litauischen und politischen Parteien zerfallen in drei Hauptgruppen und zwar in die christliche, in die antichristliche und die Gruppe der nationalen Minderheiten. Zu den christlichen Parteien gehören die christlichen Demokraten mit dem Bauernverein und der Arbeitsförderer und die Fortschrittspartei mit dem Argrarierversen, zu den nichtchristlichen die Sozialdemokraten und die Volkssozialisten. Die Minderheiten sind Deutsche, Russen, Polen und Juden.

Die christliche demokratische Partei (Kriscionins Demokratai) ist also katholisch. Ihre Entstehung fällt in das Jahr 1887. Sie hatte in „Kleinlitauen“ ihre Zeitungen „Tevynes Sargas“, „Apzvalga“ und andere. Nach der Zulassung der litauischen Presse innerhalb der russischen Grenze gaben die christlichen Demokraten vor dem Weltkrieg heraus die Zeitungen „Saltinis“ (Quelle); später „Tevynes Sargas“, „Ukinininkas“ „Laisvoji Lietava“ (Das freie Litauen) und „Tiesos Kardas“ (Schwert der Wahrheit). Diese Partei tat viel für das litauische politische und wirtschaftliche Leben. Sie, die von Anfang an für die Unabhängigkeit Litauens eintrat, alle schaffende Stände umschloß und die einflußreichste Partei war, mühte sich mit Erfolg für die Schaffung der litauischen Unabhängigkeit einerseits im Kampfe mit den deutschen Militärs, welche beabsichtigten, Litauen mit Deutschland zu verbinden, andererseits mit den litauischen Sozialisten, die während des Krieges nach Sowjet-Rußland geflohen waren und Litauen bei Rußland lassen wollten. Die christlich-demokratische Partei leitet ihr Programm ab aus der Enzyklika Leo's XIII. „Rerum Novarum“. So hat sie mit sich verbunden sowohl die katholischen Bauern, die einen besonderen Flügel bilden („Ukininku Sąjunga“ Bauernverein), und die kath. Arbeiter, die auch ihrerseits einen sehr starken Flügel der Partei darstellen („Darbo Federacija“, Arbeitsförderer). Diese beiden Flügel gehen in wirtschaftlichen und beruflichen Fragen ihre eigenen Wege, jedoch in allgemeinen politischen und religiösen Fragen gemeinsam unter Anerkennung der christlichen Grundsätze. Das Ziel der christlichen Demokraten ist die Ordnung des litauischen Staatswesens nach den Prinzipien der christlichen Lehre. Sie trugen sowohl in der Konstituante als auch im ersten Parlament auf ihren Schultern die Mühe der staatlichen Arbeit. Diese Verantwortung lastet auch jetzt im zweiten Parlament noch auf ihnen. Die jetzigen Führer der Partei sind der Parlamentarier Mykolas Krupavicius (Minister für Landwirtschaft) und Professor Meskauskas; von dem Bauernflügel sind Führer der Abgeordnete prakt. Arzt Elizejus Draugelis, der Abgeordnete Prof. Juozas Vailokaitis und der Abgeordnete Rechtsanwalt Stasys Silingas, vom Arbeiterflügel die Abgeord-

neten Kazys Ambrazaitis und Dr. Pranas Raulinaitis. Die heute führenden Zeitungen sind von der christlich demokratischen Partei „Tėvynės Sargas“ (Schützer des Vaterlandes), vom Bauernflügel „Ukininkas“ (Der Bauer) und vom Arbeiterflügel „Darbininkas“ (Der Arbeiter).

Die Nationale Fortschritts-Partei (Tautos Pazanga) wurde vor dem Weltkriege gegründet. Anfänglich gruppieren sich die Fortschrittler (Pazangininkai) um die Zeitung „Viltis“ (Hoffnung), welche der Schriftsteller Jousas Tumas und Kubilius redigierten, später, als die Viltis in andere Hände überging, um die Zeitung „Vairas“ (Steuerruder). Ein Programm hat die Partei bisher noch nicht. Erst während des Weltkrieges organisierten sich die nationalen Fortschrittler in der politischen Vereinigung „Tautos Pazanga“. Diese Partei stützt sich in der politischen und sozialen Praxis auf die zwar nicht ausgesprochene katholische aber doch christliche Moral. Im Agrarprogramm läßt die Partei das Eigentum an Grund und Boden gelten und erlaubt einen Besitz bis zu 300 Hektar. Größerem Grundbesitz ist die Partei abgeneigt. Sie setzt sich hauptsächlich aus Intellektuellen zusammen und ist daher keine eigentliche Volkspartei. Im Jahre 1919 fand eine Vereinigung in wirtschaftlichen und politischen Fragen mit den Agrariern statt. (Zemdirbiu Sajunga). Beide Gruppen arbeiten fast stets zusammen und nahmen, zu einem einheitlichen Block zusammengeschmolzen, an den Wahlen zur Konstituante sowie zum ersten und zweiten Parlament teil. Gleichwohl erhielten diese beiden Parteien auch nicht einen Abgeordneten in allen drei Körperschaften. Die Fortschrittspartei steht in Opposition zur Regierung. Die Führer der Partei sind der frühere (erste) Präsident Antanas Smetona, Prof. Augustinas Voldemoras, Martynas Icais und Liudas Noreika. Die Führer der Agrarier sind S. Banaitis und Zilinskas.

Die Sozialdemokraten sind in zwei Gruppen gespalten; in die Maximalisten oder Kommunisten und die Minimalisten. Die Kommunisten sind offene Gegner des litauischen unabhängigen Staates, sodaß diese Partei, die als ungesetzlich behandelt wird, verdeckt unter dem Namen verschiedener beruflicher Vereinigungen, auftritt. Die sozialdemokratischen Minimalisten, die sich einfach nur Sozialdemokraten nennen, sind die älteste sozialistische Partei Litauens. Ihre Existenz begann schon in den Zeiten, als die litauische Presse noch verboten war; sie gab im „preußischen Litauen“ zu dieser Zeit die Zeitung „Darbininku Balsas“ (Arbeiterstimme) heraus, hinter der alle litauischen Sozialisten standen. Im Jahre 1905 begannen die Sozialdemokraten mit ihren Arbeiten auch im russischen Litauen öffentlich. Sie gaben die Zeitung „Naujoji Gadyne“ (Neue Zeit) heraus. Bis zum Weltkriege jedoch wagte

kein litauischer Sozialist sich tatsächlich als Sozialist zu bezeichnen; Dieser Name war äußerst verhaßt, sodaß sie aus praktischen Erwägungen heraus sich Fortschrittler (Pirmeiviai) nannten. Während des Weltkrieges und nach der russischen Revolution gaben die litauischen Sozialdemokraten, die während des Krieges Rußland aufgesucht hatten, als ihr Organ „Den Sozialdemokraten“ (Sozialdemokratras) heraus, diejenigen, die in Litauen geblieben waren, die „Stimme der Arbeit“ (Darbo Balsas). Die Sozialdemokraten, die in Rußland waren, stellten sich nach der Revolution sofort auf den Standpunkt, daß Litauen keine Unabhängigkeit haben dürfe, sondern mit Rußland zu vereinigen sei, während die in Litauen gebliebenen Sozialdemokraten über diese Frage sich nicht sofort klar äußern konnten. Ihre Vertreter, Ingenieur S. Kairys, Ingenieur Narutavicius und Professor Mykolas Birziska, waren selbst Anhänger der litauischen Konstituante, neigten aber, als ihre Genossen aus Rußland zurückkamen, zu deren Auffassung hin. Heute stehen die Sozialdemokraten gegen die Regierung in Opposition, aber auf dem Boden des litauischen Staatswesens. Die Führer der Sozialdemokraten sind Ingenieur S. Kairys, Rechtsanwalt Venslavskis und Rechtsanwalt Pozela. Ihr Organ ist „Der Sozialdemokrat“.

Die Volkssozialisten (Socijalistai Liaudininkai) bestehen aus drei Gruppen und zwar den Volkssozialisten, den revolutionären Volkssozialisten und den demokratischen Volkssozialisten.

Die Partei der Volkssozialisten war zur russischen Zeit die an Zahl stärkste und die am meisten bewegliche. Ihre Führer waren außerordentlich eifrig und intelligent, vor allem M. Slezevicius, Januskevicius, Bielskis, Bulata, Rimka und Frau Bortkeviciene. Sie gaben eine Zeitung heraus namens Neulitauen „Naujoji Lietuva“. Diese Sozialisten behaupten, daß sie von der alten (sozialistischen) Partei der litauischen Demokraten kämen, denen die Zeitungen „Varpas“ und „Ukininkas“ um das Jahr 1897 das Fundament gaben. Im Jahre 1913 begann diese Partei von neuem mit der Herausgabe der Zeitung „Varpas“. Im gleichen Jahre verkündeten sie einen Entwurf für ihr Parteiprogramm, welches im Jahre 1914 angenommen wurde. Da ihre Führer während des Weltkrieges nach Rußland geflohen waren, verfielen sie dem Einfluß der radikalen russischen Linksozialisten. Die Partei treibt im Fahrwasser des russischen Bolschewismus. Und am 27. Mai 1917 erklärten die Volkssozialisten, daß Litauen mit Rußland zu vereinigen sei und sie nahmen einen heftigen Kampf auf mit allen denen, die für Litauen die Unabhängigkeit forderten.

Die Partei der revolutionären Sozialisten ist entstanden aus dem linken Flügel der Volkssozialisten. Prinzi-

pielle Unterschiede bestehen zwischen den Programmen der beiden Gruppen nicht. Sie unterscheiden sich nur durch die Taktik.

Die demokratischen Volkssozialisten sind die letzte Gruppe aus der Familie der Volkssozialisten. Bis zum 20. September 1917 arbeiteten sie mit den Volkssozialisten eng zusammen. An diesem Tage erklärten auf der 2. Konferenz der Volkssozialisten M. Slezevicius (später Ministerpräsident) F. Bortkeviciene, B. Matulionis und andere, daß sie aus der Partei der Volkssozialisten austräten und ihr Vorgehen nicht mehr billigten. Auf diese Weise trennten sie sich und schlugen einen neuen Weg ein mit dem Ziel der litauischen Selbständigkeit; so wurden sie eine staatsfreundliche Partei. Gemäß ihren sozialistischen Grundsätzen bekämpfte diese Partei das Privateigentum, sodaß sie keinen großen praktischen Wahlerfolg aufweisen konnte. Indem sie das weite Land für sich zu gewinnen suchte, bemühte sie sich, in die ländlichen Volksmassen einzudringen in der Art, daß sie als neue sozialistische Partei den Bauernbund (Valstieciu Sajunga) ohne sozialistisches Beiwort gründeten. Die demokratischen Volkssozialisten, die während der Parlamentswahlen einen schwachen Boden unter ihren Füßen fühlten, entschlossen sich im Dezember des Jahres 1922 den Zusatz „sozialistisch“ abzulegen und vereinigten sich mit dem Bauernbund, indem sie die Partei umbildeten zu der Partei des Landvolkes (Valstieciu Liaudininku Partija). Ihre Führer sind der frühere Ministerpräsident Slezevicius und praktische Arzt K. Grinius (gleichfalls früher Ministerpräsident), der Rechtsanwalt J. Vileisis, Frau Bortkeviciene und andere; ihre Zeitungen sind „Lietuvos Ukininkas“ und „Lietuvos Zinios“ (Litauens Nachrichten).

Zu erwähnen ist noch als kleine Partei die demokratische Vereinigung der nationalen Freiheit (Demokratine Tautos Laisves Santara) die aus einer demokratischen Gruppe entstand. Ihr Führer ist Rechtsanwalt Petro Lonas, der frühere Abgeordnete in der russischen Duma. Diese Partei vereinigte sich vor den Wahlen zum 2. Sejmas mit der Partei des Landvolkes.

Die Abgeordneten der Deutschen, Russen, Polen und Juden vertreten die Belange der nationalen Minderheiten.

3. Stärke der Parteien.

Die Stärke der Parteien tut sich kund durch die Wahlen zur Konstituante am 14. und 15. April 1920, zum ersten Parlament (Seimas) am 16. und 11. Oktober 1922 und zum 2. Seimas am 12. und 13. Mai 1923. Es erhielten

Partei	Abgeordnete		
	1920	1922	1923
1. Christliche Demokraten		15	14
2. Bauernflügel	} kath. Demokraten	} 59	12
3. Arbeiterflügel			11
4. Volkssozialisten			5
5. Partei des Landvolkes	20	14	} 16
6. Sozialdemokraten	14	11	
7. Kommunisten (Arbeitergruppen)	0	5	0
8. Fortschrittler und Agrarier	0	0	0
9. Juden	6	3	6
10. Polen	3	2	4
11. Deutsche	1	0	2
12. Russen	0	0	1
	112	78	78

(Im Jahre 1920 gingen die drei Gruppen der kath. Demokraten während der Wahl mit gemeinsamer Liste vor. Später gingen sie in eine Listeverbindung zur Rettung der Reststimmen ein.)

4. Zwischenparteiliche Beziehungen.

Die Mehrheit und die Grundlage der litauischen Nation ist das positiv gerichtete katholische Volk. Im Parlament haben die Katholiken durch die christlichen Demokraten mit Einschluß des Bauern- und Arbeiterflügels die Mehrheit. Jedoch haben sie niemals in der Regierung das alleinige Übergewicht, weil sie es mit Recht stets vorziehen, in Einigkeit mit anderen Parteien zusammen zu arbeiten. So befinden sich beispielsweise im jetzigen Ministerium von 11 Ministern nur 4 katholische. In den früheren Ministerien waren nur je 2 Katholiken vertreten. In der bisherigen Regierung waren zur Zeit der Bildung des neu entstehenden Staates Angehörige der nationalen Fortschrittspartei überwiegend. Damals nahmen an der Regierung auch die Sozialdemokraten teil. Als am 15. Mai 1920 die Konstituante zusammentrat, die eine Mehrheit der katholischen Demokraten aufwies, erklärten die Sozialdemokraten, daß sie nicht an der Regierung teilnehmen würden; ebenso trat auch die nationale Fortschrittspartei in scharfe Opposition. Die katholischen Demokraten schufen in Verbindung mit den Volkssozialisten und der Vereinigung der Landwirte eine feste Regierung mit dem sozialistischen Ministerpräsidenten Grinius.

Während der Beratung der Verfassung fiel diese Koalition auseinander, weil die christlichen Demokraten bestimmte grundsätzlichen Forderungen der Sozialisten in die Verfassung nicht aufnehmen wollten.

Im ersten Parlament waren die christlichen Demokraten zwar gleichfalls die stärkste Partei, jedoch machten die Volkssozialisten mit den Agrariern zusammen gegen die katholischen Demokraten gemeinsame Front unter Hinzuziehung der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der nationalen Minderheiten und brachten das Ministerium zu Fall. Da trotz langwieriger Bemühungen der katholischen Demokraten eine fruchtbringende Arbeit für das Parlament nicht möglich war, wurde dasselbe im März 1923 aufgelöst. Im zweiten Parlament gewannen die christlichen Demokraten die absolute Mehrheit, sodaß sich die Volkssozialisten in die Koalition zu den katholischen Demokraten hineinholen ließen. Aber die Koalition war durchaus nicht stark, weil die Volkssozialisten in Parlament und Presse sich gleichwohl als Oppositionspartei benahmen.

Die nationalen Minderheiten mit Ausnahme der Deutschen waren sehr unbestimmt und neigten stark zur sozialistischen Seite hin. So gab beispielsweise im ersten Sejm ein katholischer Pole seine Stimme gegen die Regierung im Einvernehmen mit den Kommunisten, Juden und sämtlichen Sozialisten ab.

Im ganzen zeigt das litauische Parteileben einen vermehrten Drang zur allmählichen Stabilisierung, sodaß sich jetzt schon im wesentlichen drei bedeutsame Gruppen herausgebildet haben, und zwar die katholischen (christlichen) Demokraten, die Sozialisten und die nationalen Minderheiten, von denen die erste Gruppe 40, die zweite Gruppe 25 und die dritte Gruppe 13 Abgeordnete besitzt.

Lettland.

1. Allgemeines.

Die Republik Lettland (auf Lettisch „Latwija“) umfaßt ein 65 791,4 qkm großes, an der Ostsee und dem Rigaer Meerbusen belegenes Gebiet und besteht aus dem ehemaligen russischen Gouvernement Kurland, den 4 südlichen Kreisen des ehemaligen Gouvernements Livland (Riga, Wenden, Wolmar und Walk) und aus den 3 westlichen Kreisen des ehem. Gouvernements Witebak (Dünaburg, Rositten und Ludsen). Lettland hat 494 km Seegrenze und gegen 1100 km Landgrenze, davon im Norden 308 km gegen Estland, im Osten 345,5 km gegen Rußland und 478 km im Süden gegen Polen und Litauen. Die Gliederung der Küste ist nicht so reich, wie in Estland, doch besitzt Lettland zwei gute und große Flußhäfen, Riga und Windau, und einen vortrefflichen künstlichen Hafen in Libau. Riga friert jeden Winter einige Wochen zu, Libau und Windau dagegen sind dank ihrer Lage an der offenen See das ganze Jahr hindurch eisfrei. Lettland hat über 1900 km Eisenbahnen mit russischer und Normalspur, neben 884 km Schmalspurbahnen. Die Düna, die in ihrem Unterlauf Lettland durchströmt, ist an der Mündung nur bis Riga schiffbar, um dann erst wegen starken Gefälles von Dünaburg aufwärts wieder für Flußdampfer befahrbar zu werden. Sie hat jedoch eine sehr große Bedeutung für die Flößung von Holz aus den russischen, polnischen und inländischen Waldungen. Schiffbar sind ferner die Kurische Aa und die Windau.

Den wichtigsten Erwerbszweig der Bevölkerung bildet die Land- und Waldwirtschaft, von der gegen 70% der Bewohner leben. Von den 6 118 236 Hektar Gesamtfläche sind 1 729 628 Hektar oder 28,27% Acker, 1 904 203 Hektar oder 31,12% Wiesen und Weiden, 1 696 751 Hektar oder 27,73% Wald und 787 654 Hektar oder 12,88% Unland. Die Industrie, in erster Linie die Metallindustrie, dann auch die Holz- und Lebensmittelindustrie, die sich in den letzten Vorkriegsjahren sehr kräftig zu entfalten begann und namentlich in Riga und Libau in Blüte stand, hat durch den Weltkrieg außerordentlich schwer zu leiden gehabt und erholt sich nur langsam von den Folgen der Verschleppung der Maschinen und Arbeiter der Rigaer Betriebe nach Rußland, die in den Jahren 1915 und 1916 auf Befehl der russischen Militärbehörden in der rück-

sichtslosesten Weise vollzogen wurde. Der Handel, der an den Kriegsfolgen ebenfalls schwerer darniederlag, als in fast allen anderen europäischen Ländern, erstarkt infolge der günstigen geographischen Lage Lettlands und des wachsenden inländischen Bedarfes verhältnismäßig viel schneller, sodaß die Bilanz des Im- und Exports bereits nahezu ausgeglichen ist.

Die Zahl der Einwohner Lettlands betrug nach der letzten Volkszählung im Jahre 1920 insgesamt 1 503 196 Personen (516 873 Männer und 629 788 Frauen). — Auf die einzelnen Nationalitäten verteilt sich diese Zahl wie folgt:

Letten	1 146 661,	darunter	516 873 Männer	629 788 Frauen,	76,28 $\frac{0}{0}$
Deutsche	57 925,	„	23 539	„	34 396 „
Russen	141 665,	„	67 378	„	74 287 „
Juden	78 701,	„	35 390	„	43 511 „
Polen	42 076,	„	18 604	„	23 472 „
Verschiedene	36 168	„	16 877	„	19 291 „

Von den 1 503 196 Einwohnern lebten in Städten 408 614 und auf dem Lande 1 094 582 Personen. —

Infolge der seither ununterbrochen fortgesetzten Rückkehr dürfte die Einwohnerzahl Lettlands inzwischen 2 Millionen erreicht haben. — Besonders stark ist die Bevölkerung der Städte gewachsen. Die Zahl der im Lande ansässigen Deutschen beträgt gegenwärtig nach vorsichtiger Schätzung 65 bis 70 Tausend. Auf die Konfessionen verteilt sich die Bevölkerung wie folgt:

Evangelisch	60 $\frac{0}{0}$
Röm.-Katholisch	23,5 $\frac{0}{0}$
Griechisch-Kath.	9,5 $\frac{0}{0}$
Mosaisch	5,2 $\frac{0}{0}$
Unbekannt	1,8 $\frac{0}{0}$
	<hr/>
	100,0 $\frac{0}{0}$

2. Verfassung.

Lettland ist eine unabhängige demokratische Republik, an deren Spitze ein von dem Landtag gewählter Präsident, zur Zeit J. Tschakste, Riga, Jakobstraße II, steht. Seine Obliegenheiten und Rechte sind überwiegend repräsentativer Natur, doch sind ihm auch einige wichtige politische Befugnisse eingeräumt, wie das Begnadigungsrecht, das Recht, Gesetze unter gewissen Umständen dem Landtag zur nochmaligen Prüfung und Abstimmung zurückzugeben usw. Die Gesetzgebung wird von dem auf zwei Jahre gewählten Landtag (lettisch „Saeima“, so viel wie Zusammenkunft, Versammlung) ausgeübt, der der Träger der souveränen Volksgewalt ist. Der Landtag besteht aus 100 Abgeordneten, an deren Spitze ein Landtagspräsident (zur Zeit Fr. Wesmann, Riga, Puschkin-

buled 10) und zwei Vizepräsidenten (zur Zeit A. Albering und A. Petrowitz) stehen. Die Abgeordneten gehen sämtlich aus geheimen, gleichen, direkten und allgemeinen Wahlen hervor und besitzen weitgehende Immunitätsrechte. Das Wahlrecht ist das denkbar freieste und gibt allen Staatsangehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, das aktive und passive Wahlrecht. Da die Wahlen nach dem Verhältnissystem vorgenommen werden, haben auch die kleinen Wählergruppen und Parteien die Möglichkeit, Vertreter in den Landtag zu entsenden. Das System der veränderlichen Listen, nach welchem jeder Wähler das Recht hat, ihm mißliebige Kandidaten zu streichen und sie durch solche aus anderen Wahllisten zu ersetzen, soll jedem einzelnen Wähler die Möglichkeit bieten, seine Stimme nur für Personen abzugeben, die ihm genehm sind. Ferner sieht die Verfassung eine allgemeine Volksabstimmung (Referendum) über Gesetzesanträge vor, die vorgenommen werden muß, sobald es 10% aller Wahlberechtigten durch Namensunterschrift auf einem in allen Gemeinden öffentlich auszulegenden Initiativantrag verlangen. Eine solche Volksabstimmung hat im August des Jahres 1923 aus Anlaß der Enteignung der evangelischen St. Jacobi-Kirche in Riga zu Gunsten der Katholiken stattgefunden und endete mit der Ablehnung eines Gesetzes, welches die Fortnahme der Kirchen einer Konfession für die Zwecke einer anderen untersagen und den Besitzstand an Kirchen vom Zeitpunkt des Kriegsbeginns restituieren sollte. Im November desselben Jahres lag ferner ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Partei zur Unterzeichnung aus, nach welchem jegliche Entschädigung an die enteigneten Gutsbesitzer unterbleiben soll. Das Schicksal dieses Antrages war zur Zeit der Drucklegung dieser Schrift noch unentschieden. Die Regierungsgeschäfte werden von dem Ministerkabinett und den Ministerien wahrgenommen, deren es 9 gibt; sie alle haben ihren Sitz in der Hauptstadt Lettlands, Riga, und zwar:

Außenministerium: Nikolaistr. 3,
Innenministerium: Alexanderstr. 37/39,
Bildungsministerium: Nikolaistr. 36a,
Finanzministerium: Nikolaistr. 2,
Arbeitsministerium: Nikolaistr. 36,
Justizministerium: Alexanderboulevard,
Landwirtschaftsministerium: Todlebenboulevard 6,
Verkehrsministerium: Gogolstr. 3,
Wehrministerium: Nikolaistr. 10/12.

Den Ministerien gleichgestellt ist die Staatskontrolle, an deren Reform nach westeuropäischen Vorbildern (bislang war sie nach russischem Muster organisiert) gegenwärtig gearbeitet wird. Die lokale Selbstverwaltung liegt in

den Händen der Stadtverordnetenversammlungen und der Gemeindevertretungen, die ebenfalls aus „vierschwänzigen“ (gleich, geheim, direkt und allgemein) Wahlen hervorgehen.

3. Finanzwesen.

Nachdem alle Versuche, das rapide Sinken des lettischen Geldes durch rigorose Verbote des Valutahandels und verschiedene andere künstliche Mittel zum Halten zu bringen, fehlgeschlagen waren, wurde am 18. März 1921 Ringold Kalning zum Finanzminister ernannt und mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Sein außerordentliches Verdienst ist es, Lettland zu einem geordneten Budgetwesen und zu einer Valuta verholfen zu haben, die sich seit Beginn des Jahres 1922 vollkommen stabil erhalten hat. Er erzielte seine großen Erfolge, indem er das Übel an der Wurzel faßte und durch teilweise rigorose Fiskalpolitik und energische Sparmaßnahmen die Stilllegung der Notenpresse ermöglichte und eine autonome Staatsbank gründete, die die für die Intervention auf dem Valutamarkt und die Deckung des kursierenden Papiergeldes erforderlichen Edelvaluten und Goldbestände ankauft. Bemerkenswert ist es, daß Kalning, der auch in der deutschen Nationalökonomie Würdigung gefunden hat (Dr. O. Lönich, Währung und Wirtschaft in Polen, Litauen, Lettland und Estland), seine Reform durchführen konnte, ohne zu ausländischen Anleihen seine Zuflucht nehmen zu müssen, die zu mehr oder weniger wucherischen Bedingungen in großer Zahl angeboten wurden. Die Grundlage der lettländischen Währung bildet der Goldfrank, auf den die Banknoten der lettländischen Bank lauten. Obgleich die Einlösungspflicht für die Banknoten noch nicht besteht, hält sich der „Lat“ (die offizielle Bezeichnung für die lettländische Geldeinheit) seit Januar 1922 unverändert zwischen 5,10 und 5,20 für den Dollar. Das Budget des Finanzjahres 1922/23 konnte defizitlos abgeschlossen werden und das Budget für das Jahr 1923/24 mit 174 Millionen Lat Ausgaben und 162 Millionen Einnahmen nahezu balanciert werden. Es ist anzunehmen, daß auch in diesem Jahre durch Ersparnisse ein tatsächliches Defizit vermieden werden kann.

4. Die lettischen politischen Parteien.

Um das lettische Parteiwesen verständlich zu machen, muß vorausgeschickt werden, daß die Selbständigkeitsbestrebungen im lettischen Volke verhältnismäßig neuen Datums sind. Solange die jetzigen lettländischen Gebiete zum russischen Kaiserreich mit seiner absolutischen Regierungsform gehörten, handelte es sich im Wesentlichen um eine Emanzipations-Bewegung, die in wirtschaftlichen und nationalen Bestrebungen ihr Genüge fand und politisch hauptsächlich eine Provinzial-

verfassung erstrebte, die dem lettischen Teil der Bevölkerung einen größeren Einfluß auf die Verwaltung auf Kosten der deutschen Oberschicht einräumen sollte. Als Ideal schwebte den Realpolitikern unter den lettischen Führern die Abschaffung der ständisch-aristokratischen historischen Selbstverwaltung des Landes und der Städte vor, in welcher die rein deutschen Ritterschaften (der Landadel) und die deutsche bourgeoise Stadtbevölkerung die ausschlaggebende Rolle spielten. Diese altüberkommene Verfassung sollte nach ihrem Wunsche durch eine ins Demokratische modifizierte Semstwo-(Landschafts-)Ordnung nach russischem Muster abgelöst werden. Wenn diese Bestrebungen nicht von Erfolg gekrönt waren, so lag das weniger am Widerstande der deutschen Kreise, die damals die Träger der Selbstverwaltungsmacht waren, als an der Abneigung der russischen Regierung, einen Boden zu schaffen, auf dem sich Deutsche und Letten wie in Finnland die Schweden und Finnen zu einer gemeinsamen Front gegen die Russifizierung hätten finden können. Im Gegenteil wurden von den Ritterschaften mehrfach Versuche unternommen, die russische Regierung zu veranlassen, in den Ostseeprovinzen eine der russischen ähnliche Provinzialverfassung einzuführen. Die lettischen nationalen Einigungsbestrebungen fanden in der russischen Zeit in dem Wunsche ihren Ausdruck, die Landesteile mit einer lettischen Bevölkerung zu einer Provinz zusammengeschlossen zu sehen. Weitergesteckte lettische nationale Ziele traten erst in der ersten russischen Revolution in den Jahren 1905/06 hervor. Das Ziel bildete damals eine möglichst weitgehende Autonomie innerhalb des Russischen Reiches. In dieser Zeit begann infolge der Wahlen in die russische Reichsduma auch eine politische Differenzierung einzusetzen, wenn auch abgesehen von den Sozialdemokraten von eigentlichen lettischen politischen Parteien im engeren Sinne des Wortes noch nicht gut die Rede sein kann. Auch jetzt handelte es sich eigentlich nur um politische Strömungen, die sich um verschiedene Vereine und Zeitungen gruppierten. Eine Kristallisation zu wirklichen politischen Parteien begann sich erst zu regen, als durch die russische Märzrevolution des Jahres 1917 der Boden dazu geschaffen war. Eine der Parolen dieser Revolution war die Selbstbestimmung der Völker, die dahin aufgefaßt wurde, daß die „fremdstämmigen“, d. h. nichtrussischen Völkerschaften, welche das Territorium des Russischen Imperiums bewohnten, Autonomie erhalten und eigene Bundesstaaten innerhalb einer russischen Föderation bilden sollten. Dieser Gedanke, der auch von den Bolschewisten in ihrer Weise festgehalten und verwirklicht worden ist, gab der nationalen Bewegung der Letten natürlich einen mächtigen Anstoß. Durch das Kerenskigesetz vom Juni 1917, welches vorschrieb, daß in

den einzelnen Teilen Rußlands Landesräte gewählt werden sollen, wurde die Parteibildung kräftig angeregt. Ein hemmendes Moment bildete nur die im Spätsommer dieses Jahres erfolgte Besetzung Rigas durch die deutsche Armee. Zu einer Unabhängigkeitsbewegung verdichteten sich die Selbständigkeitsbestrebungen endgültig in der Zeit, in der in Rußland nach dem bolschewistischen Umsturz vom 25. Oktober bis 7. November die Bolschewisten zur Herrschaft gelangten. In Walk trat im November 1917 der lettische Nationalrat zusammen, in welchem alle Richtungen außer den Sozialdemokraten und den konservativen Strömungen vertreten waren. Ferner wurden zu dieser Organisation die Vertreter der oben erwähnten Landesräte und der größeren Genossenschaften und berufsständischen lettischen Vereinigungen hinzugezogen. Ungefähr gleichzeitig bildete sich in Riga ein lettischer „Demokratischer Block“. Beide Organisationen proklamierten bereits in den ersten Tagen ihres Bestehens die Unabhängigkeit Lettlands. Nach der Revolution und dem Zusammenbruch der Armee Deutschlands wird die Konstituierung eines Lettländischen Staates vollzogen und am 18. November 1918 feierlich im damaligen zweiten Stadttheater, dem jetzigen lettischen staatlichen Schauspielhaus zu Riga, proklamiert. Die Bildung der ersten lettländischen Regierung übernimmt der Bauernbündler Karl Ulmanis. Als einstweiliges Parlament fungiert der sogenannte Volksrat, zu dem bereits die meisten der heutigen lettischen Parteien gehören. Aus praktischen Gründen seien dieselben in der Reihenfolge von links nach rechts behandelt.

Die Sozialdemokraten sind die erste geschlossene lettische Partei. Diese entstand während der russischen Revolution des Jahres 1905/06 durch den Zusammenschluß einzelner, über das ganze Land verteilter sozialistisch-anarchistischer Gruppen. Einer ihrer ersten Führer war Stutschka, der sich später während des bolschewistischen Umsturzes in Rußland und besonders während der Bolschewistenherrschaft in Riga (1919) durch außerordentliche Blutgier und Grausamkeit berüchtigt gemacht hat. Die lettische Sozialdemokratie ist trotz manigfacher Beeinflussung durch die russische sozialrevolutionäre agrarsozialistische Schule wesentlich marxistisch orientiert. Von der deutschen Sozialdemokratie unterscheidet sich die lettische durch eine Einstellung, die bei allem Internationalismus doch im Wesentlichen nationalistischer Natur ist. Ferner ist ihre Stellungnahme zu der Agrarfrage eine abweichende. Auf ihren Einfluß sind zum großen Teil die radikalen Formen zurückzuführen, in welchen in Lettland die sogenannte Agrarreform durchgeführt worden ist, die in der Enteignung und Aufteilung sämtlicher, fast ausschließlich in deutschem Besitz befindlicher Rittergüter gipfelte. Im Jahre 1917 spaltete sich von

der sozialdemokratischen Partei der kommunistische Flügel unter der Führung von Stutschka, Dermann und Danischewski ab.

Die lettischen Kommunisten haben in der kommunistischen Bewegung in Rußland eine hervorragende Rolle gespielt. Die kommunistischen lettischen Regimenter waren lange Zeit hindurch die zuverlässigste Stütze und die Garde der Sowjetregierung. Im Januar 1919 eroberten sie zusammen mit den Russen den größten Teil des jetzigen lettländischen Territoriums und errichteten eine außergewöhnlich blutige Schreckensherrschaft, unter der neben den lettischen Bauern und der lettischen Bourgeoisie die zurückgebliebene deutsche Bevölkerung besonders schwer zu leiden hatte. Ihre Herrschaft wurde durch die am 22. Mai von der deutsch-baltischen Landeswehr im Verein mit reichsdeutschen Truppen und einer lettischen Studentenabteilung ausgeführte Eroberung Rigas gebrochen. Seitdem ist die kommunistische Partei in Lettland verboten und führt eine „illegale“ Existenz. Da alle ihre Organisationen geheim sind, kann keine zahlenmäßige Stärke angegeben werden. Infolge der kräftigen Unterstützung, die den lettischen Kommunisten von Moskau aus zuteil wird, können sie sich trotz aller Maßregeln durch die lettländischen Regierungen noch immer im Lande halten und üben namentlich in den Gewerkschaften und Arbeiterkrankenkassen zum Teil ausschlaggebenden Einfluß aus. Bei Wahlen sind die infolge des Verbots nicht in der Lage, als selbständige Partei aufzutreten.

Im Juni 1921 spaltete sich die sozialdemokratische Partei anlässlich einer Regierungskrisis abermals.

Der linke Flügel, die sogenannten Linkssozialisten, waren in der konstituierenden Versammlung mit 40 von insgesamt 152 Abgeordneten vertreten und haben im gegenwärtigen Landtag, der im Oktober 1921 gewählt wurde, 30 von insgesamt 100 Sitzen inne. Führende Mitglieder ihrer Fraktion sind Rudewitz, Dr. P. Kalnin, Riga, Suworostr. 37, Dr. Fr. Menders, Riga, Säulenstr. 61 und der lettische Dichter Rainis-Plekschan. Dem radikalen Flügel der Partei gehören an Buschewitz, Riga, Marienstr. 49 und Bastjahn, Riga, Nikolaistr. 27/29. Sie gehören zu der Hamburger Internationale und bilden den äußersten linken Flügel des Landtages. Außenpolitisch treten sie für ein gutes Verhältnis mit der Räteregierung und gegen ein Bündnis mit Polen ein. Ihr Programm ist insbesondere in Bezug auf Arbeitszeit, Sozialversicherung, Arbeitslosenfürsorge und andere spezifische Arbeiterforderungen radikaler, als das der meisten sozialdemokratischen Parteien in West- und Mitteleuropa.

Die Rechtssozialisten hatten in der Konstituante 18 Mandate und haben in dem Landtag 7. Ihre Färbung ist

eine bei weitem gemäßigtere. Abgesehen von ihrem Radikalismus in Agrarfragen entsprechen sie ihrer politischen Einstellung nach ungefähr den deutschen Sozialdemokraten der Scheidemanschen Richtung. Trotz ihrer verhältnismäßig kleinen Zahl verfügen sie im Parlament über einen recht bedeutenden Einfluß. Zum Teil haben sie das der parteimäßigen Zusammensetzung desselben zu verdanken, der eine Regierungsbildung ohne sie erschwerte; zum anderen Teil jedoch auch dem Umstand, daß sie über eine Anzahl von tüchtigen Mitgliedern verfügen. Unter ihren Führern sind zu nennen: Skuieneek, Riga, Elisabethstr. 57, Petrewitz, Riga, Romanowstr. 35 und Lindin, Riga, Romanowstr. 50, der häufig eigene Wege geht. Das Verhältnis zwischen den Rechts- und den Linksozialisten ist ein äußerst gespanntes und hat sich vollends zugespitzt, nachdem die Linksozialisten die Aufnahme der Rechtssozialisten in die Hamburger Internationale verhindert haben.

Die radikalen bürgerlichen Parteien bilden im gegenwärtigen Landtag den sogenannten Zentrumsblock. Die Gruppierung in einzelne Parteien und Parteisplitter ist hier noch in vollem Fluß begriffen, so daß ein Vergleich mit der Konstituante nicht gut möglich ist. Zu dem Zentrumsblock, der über 22 Sitze verfügt, gehören folgende einzelne Parteien.

Das „Demokratische Zentrum“, das über 6 Sitze verfügt, vertritt den radikalen Teil des Bürgertums. Zu seinen Anhängern gehören neben kleinbürgerlichen Elementen viele niedere Beamte und ein Teil der Intelligenz. Ihren Hauptsitz hat sie in Riga. Der populärste unter den Mitgliedern und Führern der Partei ist der gegenwärtige Staatspräsident Tschakste, der für die Zeit seiner Präsidentschaft aus der Partei ausschied. Zu nennen wären ferner die Führer Arwed Kalnin, Riga, Kirchenstr. 34 und Wesmann, Riga, Basteiboulevard 7. Das Demokratische Zentrum neigt stark zu den Sozialdemokraten hin und zieht den Koalitionen nach rechts solche nach links vor. In Bezug auf die nationalen Minderheiten gehört die Partei zu den unduldsamsten. In Verfassungsfragen und anderen politischen Problemen neigt die Partei zum Radikalismus. Dank ihrer viel gelesenen Presse verfügt die Partei über beträchtlichen Einfluß.

Die Neubauern haben drei Mandate. Sie vertreten die Interessen der Ansiedler, welche auf den Ländereien der ehemaligen Rittergüter ansässig gemacht worden sind. Sie zeichnen sich in Agrarfragen durch eine besonders deutschfeindliche Stellung aus und lehnen ebenso wie die Sozialdemokraten jede Entschädigung an die enteigneten Besitzer ab. Im Übrigen ist ihre Richtung derjenigen der Demokraten sehr ähnlich. Ihr Wortführer ist Nonahz, Riga, Romanowstr. 50.

Die lettgallischen Gruppen. Im Gegensatz zu den übrigen Landesteilen ist die lettische Bevölkerung der 3 Kreise des ehemaligen Gouvernements Witebsk, die zusammen Lettgallen genannt werden, katholisch. Außer durch eine ganze Anzahl von kleinen Parteien mit zusammen 7 Abgeordneten sind die lettgallischen Letten im Landtag durch 6 Abgeordnete der „Lettgallischen Christlichen Partei“ unter der Führung des katholischen Pfarrers Fr. Trassun, Riga, Schloßplatz 5, vertreten. Einflußreich ist auch der Generalvikar Ranzau, Riga, Schloßplatz 9, der zwar nie spricht, aber als die eigentliche treibende Kraft angesprochen wird.

Die Lettgallen nehmen für sich innerhalb Lettlands eine Sonderstellung in Anspruch und wünschen insbesondere eine territoriale Selbstverwaltung. Ferner haben sie Sonderinteressen auf dem Gebiete des Agrarwesens, das in Lettgallen nach russischem Muster gänzlich abweichend von den übrigen Landesteilen organisiert war und zum größten Teil noch ist. Die Lettgallischen Christlichen unter Trassun haben außerdem eine ausgesprochen katholisch-kirchliche Einstellung. In der Konstituante gehörten sie noch zu dem äußersten rechten Flügel und taten sich durch besonders energisches Auftreten gegen die Sozialdemokratie hervor. Ihr Abrücken nach links und ihr Anschluß an den Zentrumsblock findet seine Erklärung in der Frage des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl, auf Grund dessen sich Lettland verpflichtete, der Katholischen Kirche in Riga eine Bischofskathedrale und eine Erzbischofsresidenz zur Verfügung zu stellen. Auf Grund eines Abkommens mit den Sozialdemokraten gelang es Trassun, im Landtag eine Mehrheit zusammenzubringen, welche ein Gesetz annahm, nach welchem zu diesem Zweck in Riga die evangelische St. Jakobskirche und eine griechisch-katholische Kirche mit den dazu gehörigen Gebäuden enteignet wurde.

Der Bauernbund wurde bald nach der russischen Revolution im Jahre 1917 gegründet und ist eine der konsolidiertesten und wohl die einflußreichste lettische Partei. Mitglieder des Bauernbundes sind an erster Stelle an der Gründung des lettländischen Staates beteiligt. Die Partei hat bisher an sämtlichen lettländischen Regierungen teilgenommen und eine bedeutende Anzahl von Ministern und höheren Beamten gestellt. Der Bauernbund, der in der Konstituante 27 Abgeordnete und somit 16 % der Sitze hatte, ist im Landtag durch 17 von insgesamt 100 Abgeordneten vertreten. Der Bauernbund ist, was ja schon der Name besagt, eine ausgesprochene Bauernpartei, die für die politischen und vor allen Dingen für die wirtschaftlichen Interessen der Kleingrundbesitzer eintritt. Ihre agrarische Einstellung prägt sich besonders deutlich in der Steuer- und Zollpolitik aus. In der letzteren steht der Bauernbund für hohe

Schutzzölle für alle Erzeugnisse der Landwirtschaft und für niedrige Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen und anderen landwirtschaftlichen Bedarf. In der Befürchtung einer russischen Konkurrenz wendet sich der Bauernbund gegen den Ausbau des geplanten Handelsvertrages mit Rußland, in welchem die Russen zollfreie Einfuhr ihres Getreides in Lettland durchzusetzen versuchen. In sozialpolitischen Fragen wendet sich der Bauernbund gegen die Bestrebungen der Sozialdemokraten, welche auf Ausdehnung des 8-Studentages und der sonstigen weitgehenden Arbeiterschutzbestimmungen auf die Landwirtschaft gerichtet sind. Die Enteignung des Großgrundbesitzes wurde mit Unterstützung des Bauernbundes durchgeführt. In der Entschädigungsfrage nimmt der Bauernbund jedoch eine etwas gemäßigtere Stellung ein, als die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Linken, ohne aber für eine dem Wert der Objekte einigermaßen entsprechende Vergütung zu sein. In Kirchenfragen ist der Bauernbund mehr oder weniger indifferent. Das vielumstrittene Konkordat und die Enteignung der Kirchen, welche oben kurz gestreift wurde, wurden mit Hilfe des Bauernbundes angenommen. In den Verfassungsdebatten trat der Bauernbund für die Schaffung eines Staatspräsidentenpostens und für dessen Ausstattung mit ziemlich weitgehenden Vollmachten ein. Außenpolitisch ist der Bauernbund ententefreundlich orientiert. Als Führer des Bauernbundes ist zuerst der erste Ministerpräsident Lettlands, Karl Ulmanis, Riga, Rainisboulevard 6, zu nennen. Ferner Siegfried Meierowitz, Nikolaistr. 13, der seit Begründung des Staates das Außenministerportefeuille inne hat. Innerhalb der Partei spielen sodann auch Sihmann, Elisabethstr. 13 und Klihwe, Nikolaistr. 23, beide Riga, eine bedeutende Rolle.

Das „Parteilose Nationale Zentrum“, die sogenannte Berg-Gruppe, repräsentiert das lettische Großbürgertum und zählt zu ihren Anhängern neben Vertretern der besitzenden Klassen insbesondere auch zahlreiche „Philister“ (Alte Herren) der lettischen studentischen Verbindungen. Die Berggruppe ist konservativ-republikanisch orientiert und hat im Landtag 4 Sitze inne. Ihr unbestrittener Führer ist Arwed Berg, Riga, Suwerowstraße 79. Zu ihren Mitgliedern zählt sie auch den ehemaligen Finanzminister Ringold Kalning, Riga, Elisabethstr. 17, dessen Finanzreform wir erwähnt haben. Kalning nimmt an dem politischen Leben jedoch wenig Interesse. Der Einfluß der Partei, welche sich in Opposition befindet, ist nicht beträchtlich.

Zusammen mit der Berggruppe bilden die „Christlich-Nationalen“ den rechten Flügel des Landtages. Sie waren bereits in der Konstituante durch 3 Abgeordnete vertreten und haben ihre Stärke bei den Landtagswahlen, bei welchen sie

4 Sitze eroberten, relativ verdoppelt. Die Christlich-Nationalen sind eine evangelische kirchliche Partei, in welcher die evangelischen Geistlichen die führende Rolle spielen. Ihre Interessen sind besonders auf alle Fragen gerichtet, die mit dem Kirchenwesen zusammenhängen. Ihre Gründung wurde durch die Gefahr veranlaßt, welche dem Religionsunterricht in den Schulen drohte, den die Sozialdemokraten und ein Teil der bürgerlichen Linken abgeschafft sehen wollte. Die Christlichen befinden sich häufig in schärfster Opposition zu der Mehrheit des Landtages und machen insbesondere den Kommunisten und den Sozialdemokraten gegenüber energisch Front. Ihr rührigster Führer ist Pastor Sanders, Libau, Jesuskirchstr. 6.

5. Die Minderheiten.

Die Deutsche Fraktion. Die Deutschen, welche nach der starken Dezimierung in Krieg und Revolution und nach der großen Abwanderung, die in dieser Zeit stattfand, noch immer mindestens 65 000—70 000 Köpfe zählen, siedeln in den ehemaligen Ostseeprovinzen seit Beginn des dreizehnten Jahrhunderts und müssen infolgedessen zur Stammbevölkerung Lettlands gerechnet werden. Durch ihre jahrhundertelange Ansässigkeit und durch ihre soziale Schichtung unterscheidet sich die deutsche Minderheit von derjenigen der meisten anderen Länder. Bis vor verhältnismäßig wenigen Jahrzehnten bildeten die Deutschen die alleinige Oberschicht der Bevölkerung, in die nur langsam lettische Elemente einzudringen begannen. Infolgedessen trägt die Kultur Lettlands namentlich in ihren älteren Bau- und Kunstdenkmälern ein ausgesprochen deutsches Gepräge, wie den auch der Einfluß der deutschen Kultur auf allen Gebieten ein tiefgehender ist. Die Ereignisse nach dem Krieg bedeuteten für das Deutschtum Lettlands eine ungeheuere Umwälzung auf allen Gebieten. Durch die Demokratisierung büßten sie ihre führende politische Stellung völlig ein. Die Einbuße, die der Handel und die Industrie des Landes durch den Krieg erlitten, betraf die Deutschen relativ viel schwerer, als die übrige Bevölkerung. Ihre wirtschaftliche Kraft erhielt vollends einen schweren Stoß durch die von dem Lettländischen Staat durchgeführte Agrarreform, die, wie schon weiter oben angedeutet, auf eine fast restlose Enteignung des vorwiegend deutschen Großgrundbesitzes hinauslief und deren Schärfe sich außer durch den Einfluß russischer sozialrevolutionärer Ideen durch den Umstand erklären läßt, daß der Gegensatz zwischen der lettischen Mehrheit und der deutschen Minderheit bis zur Gründung des lettländischen Staates gleichzeitig nationaler und sozialer Natur war.

Politisch wird das Deutschtum Lettlands durch 5 Parteien vertreten. Es sind dies die „Deutsche Volkspartei“, die „Reformpartei“ die „Fortschrittliche Partei“, die „Demokratische Partei“ und die „Einigungspartei“. Diese Parteien vertreten die verschiedenen im Deutschtum vorhandenen Strömungen von einer konservativen bis zu einer demokratischen Weltanschauung. Obgleich die praktischen Ziele der deutschen Politik sowie die Methoden zu ihrer Durchsetzung durch die Verhältnisse geboten sind und sich bei den einzelnen Parteien nur wenig voneinander unterscheiden, wird an der Gliederung in so zahlreichen Gruppen festgehalten, weil so am besten die Möglichkeit geboten ist, alle Strömungen zu Worte kommen zu lassen und der Boden für Reibungen der geringste ist. In Libau und einigen anderen kleineren Städten sind die drei erstgenannten Parteien nicht vertreten und werden durch die „Einigungspartei“ ersetzt. Alle 5 Parteien treten nach außen hin geschlossen auf und haben ihr gemeinsames Organ, den „Ausschuß der deutsch-baltischen Parteien“ in Riga. Bei Wahlen stellen die Parteien eine gemeinsame Kandidatenliste auf. Im Landtag sind die Deutschen durch 6 Abgeordnete vertreten, die zusammen die deutsche Fraktion bilden. Die deutschen Parteien haben sich vollkommen auf den Boden der Lettländischen Staatlichkeit gestellt und stehen jeglichen irredentistischen Bestrebungen fern. Ihre Stellung im Landtag ist in wirtschaftlichen Fragen auf die Abwehr der immer wieder zu Tage tretenden Tendenzen gerichtet, die wirtschaftliche Kraft der Deutschen durch besonders zu diesem Zweck zugeschnittene Gesetze zu schwächen. So machen sie im Speziellen gegen die verschiedenen Enteignungsgesetze Front und sind bemüht, für die enteigneten Güter eine einigermaßen gerechte Entschädigung durchzusetzen. Im Übrigen treten sie für eine von Parteidoktrinen und Parteileidenschaften unbeeinflusste wirtschaftliche Realpolitik ein und haben stets gewagte wirtschaftliche Experimente bekämpft.

Ein sehr großer Teil des Interesses der deutschen Fraktion konzentriert sich auf Sprachen und Schulfragen, wobei sie für den freien und gleichberechtigten Gebrauch der deutschen Sprache und für den Ausbau der nationalen Schulverwaltungen und ihre allmähliche Ausgestaltung zu einer exterritorialen nationalen Autonomie der Minderheitsvölker anstreben. Unter einer solchen ist die Schaffung einer gesetzlichen gewählten Vertretung des betreffenden Minderheitsvolkes zu verstehen, die das Recht haben soll, ein Kataster der im Lande Ansässigen Glieder dieses Volkstums zu führen und Schulangelegenheiten, die soziale Fürsorge und andere, spezifisch nationale Fragen selbständig zu verwalten. Zu diesem Zweck wird neben einem Anteil an den Summen, die der Staat für das Mehrheitsvolk zu analogen

Zwecken verausgabt (diese Forderung ist teilweise durchgesetzt) auch das Recht beansprucht, von den in das Kataster eingetragenen Gliedern des Volkstums gewisse Steuern zu erheben. Auf eine internationale Regelung der Minoritätenfrage im Anschluß an den Völkerbund wird Wert gelegt, doch ist die Fraktion vor allem bemüht, auf dem Wege einer Verständigung eine Regelung innerhalb des Landes zu treffen.

In Minderheitsfragen stimmt die deutsche Fraktion gewöhnlich mit den übrigen Minoritätenvertretern zusammen. In allgemeinen politischen Fragen schließt sie sich häufig den rechten Parteien an, mit denen zusammen sie zum Beispiel einen energischen Kampf gegen die Enteignung der Kirchen und für die Volksabstimmung über das Kirchenschutzgesetz führt. In einzelnen Fragen wird jedoch auch mit der Linken gegangen. In den Landtagskommissionen nehmen die deutschen Abgeordneten sehr tätigen Anteil an der Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen und werden wegen ihrer Erfahrung und Sachkenntnis geschätzt. Führer der Deutschen Fraktion ist Dr. P. Schiemann, Riga, Peter-Paulstr. 2. Die übrigen Abgeordneten sind: Baron W. Firks, Riga, Domplatz 12, Börsensyndikus, J. Hahn, Libau, Thomasstr. 58, Oberpastor K. Keller, Riga, Nikolaistr. 36, Rechtsanwalt E. Knopp, Riga, Kaufstr. 3 und M. v. Vegesack.

An sonstigen Organisationen des Deutschtums muß der „Deutsche Elternverband in Lettland“, Vorsitzender Rechtsanwalt v. Samson-Himmelstierna, Riga, Schloßstraße 17, genannt werden. Der Verband umschließt so gut wie alle einheimischen Deutschen und hat sich um das deutsche Schulwesen in hervorragender Weise verdient gemacht. Von dem Verbande werden durch alljährlich wiederkehrende große Sammlungen so namhafte Summen aufgebracht, daß ein ganzes Netz von deutschen Grundschulen und Gymnasien unterhalten werden kann.

Die Russen haben im Landtag 3 Vertreter. Dank der politischen Indolenz der in Lettgallen in großer Zahl ansässigen russischen Kleinbauern gelingt es ihnen nicht, eine ihrer Zahl einigermaßen entsprechende Zahl von Abgeordneten durchzubringen. Sie leiden außerdem an einer großen Uneinigkeit untereinander und haben infolgedessen nur wenig Einfluß. Ihr Führer ist Botschagow, Riga, Alexanderstr. 21.

Die Juden sind in eine ganze Anzahl von Parteien gespalten, die bei den Wahlen eigene Listen aufzustellen pflegen. So sind im gegenwärtigen Landtag folgende jüdische Parteien durch eigene Abgeordnete vertreten: der „Jüdische Block“, eine demokratisch-bürgerliche Koalition von mehreren Einzelgruppen, durch 2 Abgeordnete. Die konservativ-religiöse Gruppe „Agudas Isroel“ durch 2 Abgeordnete, die links-

radikale zionistische Gruppe „Zeire Zion“ durch 1 Abgeordneten und die linkssozialistische jüdische Partei „Bund“ durch 1 Abgeordneten. Die drei erstgenannten jüdischen Gruppen gehen in den meisten Fragen zusammen und bilden die jüdische Landtagsfraktion, während der Vertreter des „Bund“ sich der Fraktion der linken Sozialdemokraten angeschlossen hat. Die Juden haben gegen den Antisemitismus zu kämpfen, der in mehr oder weniger ausgesprochener Form bei sämtlichen lettischen Parteien zu Tage tritt und sich namentlich in wirtschaftlichen Fragen auswirkt. Als politische Führer der lettländischen Juden seien der Rabbiner Nureck, Riga, Gertrudstr. 30, und Professor Laserson, Riga, Nikolaistr. 39, genannt, beides Landtagsabgeordnete.

Die Polen, welche in Lettgallen in größerer Anzahl ansässig sind, haben im Landtag einen Vertreter. Litauer und Esten haben keine eigene Abgeordneten durchbringen können.

6. Die Regierungskoalition.

Wie aus obiger kurzer Übersicht zu ersehen ist, ist die Zahl der Parteien im Landtage eine außerordentlich große. Infolgedessen ist die Bildung einer Regierungsmajorität eine sehr schwierige Aufgabe, die stets nur mit einem großen Aufwand an Zeit und Mühe erledigt werden kann. So dauerten die Verhandlungen, welche im Juni 1923 zu der Bildung der gegenwärtigen Regierung führten, mehr als einen Monat. Zu der Regierungskoalition gehören im Augenblick die rechten Sozialdemokraten, der Zentrumsblock und der Bauernbund mit zusammen 46 Abgeordneten. Lettland hat mithin eine Minderheitsregierung, die sich auf wechselnde Majoritäten stützen muß und namentlich auf die wohlwollende Neutralität der rechten Fraktion angewiesen ist. Zu der Regierung, welche von der augenblicklichen abgelöst wurde, gehörten außer den Parteien der gegenwärtigen Koalition auch noch die linken Sozialdemokraten.

7. Die Stärke der Parteien.

Da in Lettland die Wahlen nach veränderlichen Listen vorgenommen werden, kann die Zahl der für jede der Parteien abgegebenen Stimmen nicht ganz genau angegeben werden, weil zahlreiche Stimmen sich zwischen 2 oder mehr Parteien teilen. Das relative Stärkeverhältnis der Parteien gehet jedoch mit genügender Deutlichkeit aus der Zahl der Mandate hervor, die jede von ihnen besitzt; deshalb sei hier noch eine Tabelle gegeben, aus der die Zusammensetzung des gegenwärtigen Landtages ersichtlich ist:

Partei	Abg.
1. Linke Sozialdemokraten	30
2. Jüdischer Bund	1
3. Rechte Sozialdemokraten	7
4. Neubauern	3
5. Demokratisches Zentrum	6
6. Lettgallische Kleinbauern	4
7. Lettgallischer Volksverband	1
8. Lettgallischer Bauernbund	1
9. Lettgallische christliche Bauernpartei	6
10. Katholiken	1
11. Bauernbund	17
12. Parteiloses nationales Zentrum (Berg)	4
13. Christlich-Nationale	4
14. Deutsche	6
15. Russen	3
16. Jüdischer Block	2
17. Agudas Isroel	2
18. Zeire Zion	1
19. Polen	1

Zentrumblock

Jüdische Fraktion

8. Die Presse.

Die erste lettische Zeitung wurde bald nach der Bauernbefreiung vor rund hundert Jahren von dem deutschen Pastor Merkel, einem großen Freunde der Letten, in Mitau gegründet und in der noch heute bestehenden Druckerei von Steffenhagen herausgegeben. Das Blatt hieß „Latweschu Awises“ („Lettische Zeitung“) und erschien von 1822 bis 1915. Zu entfalten begann sich das lettische Zeitungswesen jedoch erst in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts und gelangte nach der russischen Revolution der Jahre 1905/06 zu einer gewissen Blüte. Die damaligen Zeitungen sind fast ohne Ausnahme eingegangen und erst nach der Gründung des Lettländischen Staates entstanden die meisten der heute erscheinenden Blätter. Von diesen sind zu nennen: „Sozialdemokrats“, das Organ der links-sozialdemokratischen Partei, an dessen Spitze Kr. Elias steht. Das Blatt vertritt die Interessen der Arbeiter und wird fast ausschließlich von Parteimitgliedern

gelesen. Das Parteiorgan der rechten Sozialdemokraten ist der „Darba Balss“ (Die Stimme der Arbeit), die von Skuienek in bedeutend gemäßigerem Sinne redigiert wird als das Blatt der linken Schwesterpartei. Die „Darba Balss“ wurde im Jahre 1921 infolge der Spaltung der sozialdemokratischen Partei gegründet und wird vorwiegend von Landarbeitern gelesen. Das größte und meistgelesene lettische Blatt sind die „Jaunakas Sinas“ („Neueste Nachrichten“). Sie stehen ihrer Richtung nach dem demokratischen Zentrum nahe und legen besonderen Wert auf schnelle Berichterstattung, die jedoch nicht immer ganz zuverlässig ist. Die „Jaunakas Sinas“, welche im Jahre 1911 gegründet wurden, werden von Benjamin herausgegeben. Das Parteiorgan des demokratischen Zentrums ist der „Latwias Wehstnesis“ („Lettländischer Anzeiger“). Das im Jahre 1920 gegründete und von Akmen geleitete Blatt will die Zeitung der lettischen Intelligenz sein und vertritt in nationalen Fragen ebenso wie das vorgenannte einen wenig versöhnlichen Standpunkt. Das Organ des Bauernbundes, die „Brihwa Seme“ („Das freie Land“) wurde 1919 gegründet und wird von Freiwald geleitet. Es hat hauptsächlich unter den Bauern Verbreitung. Von A. Berg, dem Leader des parteilosen Zentrums, wird der „Latwis“ („Der Lette“) herausgegeben und geleitet. Der „Latwis“ gilt für die vornehmste lettische Zeitung. Die Tendenzen der Christlich-Nationalen vertritt der „Latwias Sargs“, der für die am weitesten rechts orientierte der größeren lettischen Zeitungen gelten kann. Gegründet wurde der „Latwias Sargs“ 1919, der Chefredakteur ist Blank. Alle genannten Zeitungen erscheinen einmal am Tage in Riga.

Die größte deutsche Tageszeitung in Lettland, im 54. Jahrgang erscheinend, ist die „Rigasche Rundschau“, welche von Dr. P. Schiemann als Chefredakteur geleitet und sowohl in Lettland als auch im Ausland viel gelesen wird. Das Blatt tritt ebenso wie die in Libau erscheinende „Libausche Zeitung“ für die Interessen des lettländischen Deutschtums ein. Die „Libausche Zeitung“, welche im Jahre 1822 gegründet wurde, ist die älteste Zeitung Lettlands und wird von Baron F. v. Uexküll-Güldenband redigiert.

Die bedeutendste der in Lettland erscheinenden russischen Zeitungen ist „Ssewodnja“ (Heute). Als Chefredakteur des im 5. Jahrgang erscheinenden Blattes zeichnet A. W. Kurminski. Die Richtung dieses recht verbreiteten Blattes ist demokratisch. Es wird vielfach auch von den Juden benutzt, die in der Jargonzeitung „Dos Folk“ (Das Volk) außerdem noch ein eigenes Organ besitzen. Beide Zeitungen erscheinen in Riga.

Estland.

1. Allgemeines.

Estland ist ein altes deutsches Kolonialland. Wie in Lettland besaßen die Deutschbalten auch hier vor dem Kriege die geistige und wirtschaftliche Führung. Im Mittelalter schon brachten sie das Land zu hoher Blüte und heute noch sind alte großartige Bauten in Stadt und Land Beweis für den fördernden deutschen Einfluß. Die Reformation und der damit zusammenhängende Niedergang der deutschen Einigkeit leitete eine Zeit heftiger und verlustreicher Kämpfe mit Rußland, Schweden und Polen ein, bis im Jahre 1721 Estland ein russischer Landesteil wurde. Gleichwohl ließ Rußland den inneren Aufbau mit der deutschen Oberschicht noch lange Jahre bestehen, ehe der russische Chauvinismus den Kampf gegen die Deutschen begann. Dann hetzten sie die Esten und Letten gegen die deutsche Führung auf; die so erzeugte Uuzufriedenheit wandte sich aber nicht nur gegen die Deutschen, sondern in der russischen Revolution 1905 auch gegen die russische Regierung. So mußte Rußland selbst die Unterdrückung dieses Aufstandes vornehmen und die Abwehr der Deutschen unterstützen. Erst der Krieg und die Begründung des estnischen Staates brach die Vormacht der Deutschen.

Estland erhielt seine staatliche Selbständigkeit am 24. Februar 1918, wo es seine Unabhängigkeit von Rußland erklärte und sich als eigener Staat konstituierte. Es schloß 2 Jahre später mit Rußland den Frieden zu Dorpat, der die Grenzen in ihrem heutigen Umfange festlegte. Der Umfang Estlands beträgt etwa 45 000 qkm. Estland ist fast ausschließlich ein Agrarstaat mit vorwiegend extensiver Bewirtschaftung. Nennenswert ist die Industrie nur in Reval und in Dorpat; Reval, die estnische Hauptstadt, ist noch bedeutend durch den allmählich wiederauflebenden Transithandel nach Rußland.

Nach der Zählung vom 1. Januar 1922 hat Estland insgesamt 1 125 000 Einwohner; der Nationalität nach sind:

Estländer	1 000 000
Russen	80 000
Deutsche	27 000
Schweden	8 000
Juden	5 000
andere (Letten u. s. w.)	5 000

Der Religion nach sind:

Protestanten	965 000
Katholiken	45 000
Russisch Orthodoxe	110 000
Israeliten	5 000

2. Verfassung.

Die Verfassung Estlands unterscheidet sich wesentlich von der der anderen europäischen Staaten. Es hat das radikal durchgeführte Einkammersystem. Die aus 100 Abgeordneten bestehende Kammer, die alle drei Jahre neu gewählt wird, wählt die Staatsregierung, deren Vorsitzender „Staatsältester“ genannt wird. Die Regierung ist auf das Vertrauen des Parlamentes angewiesen. Da ein Staatspräsident nicht existiert, mangelt jedes stabile Element; bei einer Regierungskrise fehlt jeder feste Punkt, sodaß sie stets nur nach langwierigen Besprechungen und unter ungesunden Zuckungen beigelegt werden kann; es kommt hinzu, daß die Regierung weder ein Vetorecht noch ein Auflösungsrecht der Kammer gegenüber besitzt und so immer mehr zum machtlosen Spielball des Parlamentes wird. Die Schwierigkeiten werden noch dadurch vermehrt, daß das Proportionalwahlrecht und die Festlegung des Wahlrechtsbeginns auf das 20. Lebensjahr eine Stabilisierung kaum zulassen. Die einzige Möglichkeit, eine vorzeitige Auflösung des Parlamentes durchzusetzen, besteht darin, daß ein durch 25 000 Stimmen verlangter und dann durchgeführter Volksentscheid sich gegen das Parlament ausspricht. So ist es erklärlich, daß einflußreiche Kreise in Estland eine Abänderung der Verfassung in dieser Hinsicht erstreben.

Praktisch geworden ist ein derartiger Volksentscheid im Februar 1923; das damals stark aus Linksparteien bestehende Parlament sträubte sich gegen die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Schulen, worauf der Volksentscheid mit 330 000 gegen 130 000 Stimmen sich zugunsten des Religionsunterrichts aussprach, sodaß das Parlament neu gewählt werden mußte.

3. Die politischen Parteien.

Die estländischen Parteiverhältnisse sind durch das proportionale Wahlsystem, das allen möglichen Gruppen Wahlerfolge in Aussicht stellt, sehr kompliziert; im ersten Reichstag (Riigikogu) gab es 9 durch Abgeordnete vertretene Parteien, im 2. Parlament deren 13. Im großen kann man drei Hauptgruppen unterscheiden; die Rechte (48 Mandate), das Zentrum (22 Mandate) und die Linke (30 Mandate).

a. Die Rechte. Die stärkste Rechtspartei ist die Partei der Landwirte (Pollumeestekogud) mit 23 Mandaten, die sich in erster Linie auf die alleingewesenen estnischen Großbauern stützt und von stark ausgeprägtem berufsständischen Charakter ist; jedoch haben sich auch große Teile der Industrie, des Großhandels und der Großfinanz angeschlossen. In der letzten Zeit strömen zu dieser Partei — der Zug nach rechts macht sich wie der nach links auch hier bemerkbar — viele estnische Intellektuelle, soweit ihre Einstellung antiparlamentarisch und faschistisch ist. Die Landwirte (früher Landbund „Maaliit“) waren zur Zeit der deutschen Okkupation sehr deutschfreundlich, was ihnen vielfach Gegnerschaft einbrachte; trotzdem steht die Partei auch heute noch, abgesehen von einigen Chauvinisten, zu einer friedlichen Lösung des Problems der nationalen Minderheiten. Das Agrargesetz von 1919, das vor allem den deutschen Besitz enteignet, wird auch von ihnen anerkannt. Dabei erstreben sie aber anstatt der völligen radikalen Zerschlagung die Schaffung eines neuen Gutsbesitzerstandes estnischer Nationalität. Diese Partei ist es vor allem auch, die die Schaffung des Postens eines Staatspräsidenten befürwortet. Die bedeutendsten Führer sind der estnische Bismarck und Staatsältester Konstantin Päts, dann der Oberkommandierende während des Freiheitskrieges General Johann Laidoner, sein Staatschef General Jaan Soots, der glänzende Redner Rechtsanwalt Temant und der befähigte Innenminister Einbund; ferner die Landwirte Jurmann, Arro und Birkenberg. Die maßgebenden Zeitungen sind: „Kaja“ (Echo, früher Maaliit), für bäuerliche Leser berechnet, mit guten Inlandsinformationen aber oft sehr derbem Ton; „Paewahlet“ (Tageblatt) ist das größte und bedeutendste estnische Blatt, daß zwar offiziell unparteiisch, aber faschistisch orientiert ist und Päts sehr nahe steht; es ist das Sprachrohr des Außenministers.

Zu einer Fraktion mit dieser Partei verbunden ist die äußerst rechts stehende Partei der Hausbesitzer, die über 2 Mandate verfügt und die Abschaffung des jetzt geltenden Zwangsmietengesetzes erstrebt. Bedeutende Führer besitzt die Partei nicht; auf die Dauer wird sie keine Bedeutung haben.

Die deutschbaltische Partei in Estland gehört gleichfalls zu den Rechtsparteien und verfügt über drei Abgeordnete. Sie faßt die Deutschen aller Richtungen zusammen. Es lassen sich in dieser Partei insgesamt 4 Hauptströmungen unterscheiden: zuerst der enteignete Grundadel, der ob seiner Verluste naturgemäß stark oppositionell und scharf deutsch-nationalistisch eingestellt ist. Als Führer kommen vor allem in Betracht v. Bodisco, Abgeordneter Carl Baron Schilling und Axel Baron Maydell; als zweite die deutsche

Großindustrie und der deutsche Großhandel mit konservativer, aber durchaus nicht oppositioneller Einstellung, die neben anderen Erwägungen auch ihr Geschäftsinteresse verbieten würde; maßgebende Führer sind Fabrikdirektor Martin Luther und Bankdirektor Claus Scheel; der 3. Gruppe gehört vor allem die alteingesessene Intelligenz an. Führer sind der „Parteipräsident“ Rechtsanwalt Kress; ferner Woldemar Kenntmann und Axel de Vries vom Revaler Boten. Die letzte Strömung ist die demokratische, der vor allem angehören Schuldirektor Pautenius, Dr. Spindler und Siegmund Klau. Die beiden letzten Gruppen stimmen völlig überein in dem Wunsch nach einer zwar aktiven, aber staatserkhaltenden Politik, in der Rußlandfeindschaft und in der Förderung des kulturellen Großdeutschtums. Die wichtigsten Zeitungen der deutsch-baltischen Partei in Estland sind der „Revaler Bote“ (gemäßigt konservativ) und die „Dorpaten Nachrichten“ (national-demokratisch). Es ist klar, daß bei dem Vorhandensein der vielen Strömungen in der Partei nur die großen und wichtigen Fragen die Deutschen zusammenhalten können. Die Hauptbestrebungen der Partei sind (vergl. den Bericht über den außerordentlichen Delegiertentag der deutschbaltischen Partei in Estland im Schwarzenhäupterhause in Dorpat 1924): „Erhaltung des estländischen Deutschtums in ungeschmälertem Bestande und ungebrochenem völkischen Bewußtsein; als Brücke zwischen Estland und der deutschen Kultur will die Partei Estland dauernd für den westeuropäischen Kulturkreis gewinnen; Ausgleich der nationalen Gegensätze, staats-erhaltende Einstellung, Kulturautonomie und Pflege der deutschen Schule, gerechte Entschädigung für die Enteignungen, Wiederherstellung der deutschen Bodenständigkeit auf dem Lande und Sammlung aller Deutschen in Estland.“

Gegenüber der vorletzten Wahl hat die deutschbaltische Partei verloren, was größtenteils aus der seitdem erfolgten Abwanderung erklärlich ist, zum Teil aber auch aus der manchmal fehlenden Einigkeit. Das gleiche Bild zeigen auch die Wahlen zu den Stadtparlamenten, wo die Deutschen außer in Arensburg zum Teil erhebliche Verluste erlitten.

Als dritte Gruppe gehört zu den Rechtsparteien der demokratische Block, der aus drei verschiedenen Parteien besteht.

Die christliche Volkspartei zählt 8 Abgeordnete; sie stützt sich in erster Linie auf die lutherische estnische Geistlichkeit und erstrebt die Erhaltung der Religion im Volke und in den Schulen; ihre Anhängerschaft besteht in den Städten meistens aus Wohlhabenden, auf dem Lande vorwiegend aus der Bevölkerung der armen und wenig entwickelten nördlichen Bezirke. Eine eigene Zeitung hat die Partei nicht; sie be-

nutzt aber das Organ Paewahlet. Führer sind die Pastoren J. Lattik und Raudkepp, Ingenieur Arnberg und Schuldirektor Bauer.

Die estnische Volkspartei (8 Abgeordnete) stützt sich auf den gewerbetreibenden Mittelstand und einen Teil der estnischen Intelligenz. Den Bestrebungen der nationalen Minderheiten absolut abgeneigt, ist sie die einzige Partei, die sich ausgesprochen feindlich zu der kulturellen Autonomie der Deutschbalten stellt. Wirtschaftlich fördert sie den Staatssozialismus. Ein Fehler der Partei ist die starke doktrinaire Einstellung, die im wesentlichen auf ihren Führer Jaan Tõnisson (Präsident der Staatsversammlung), der in der Partei keinen neben sich hochkommen läßt, zurückzuführen ist. Ein dauernder Rückgang der Partei ist die Folge. Das Parteiorgan ist der zwar sorgfältig aber eintönig geleitete „Põstimees“ (Postbote). Die Partei ist hauptsächlich verbreitet in Meästland, besonders in Dorpat und Umgegend.

Die Nationalfreisinnigen mit 4 Abgeordneten sind eine bürgerliche Mittelstandspartei mit antisemitischem, chauvinistischem und deutschgegnerischem Einschlag ohne Zukunftsaussichten. Sie ist wesentlich ein Produkt persönlich unzufriedener Menschen, die sich unter Admiral Pitka zusammengenommen haben. Als besondere Aufgabe hat sich die Partei die Enthüllungen von Korruptionen gesetzt, wobei sie die Grenzen der Vorsicht und der Rechtlichkeit häufig überschreitet. Der Führer der Partei ist Webermann. Die Parteiführer sind politisch sehr unzuverlässig und machen der Regierung oft unbegründete Schwierigkeiten.

b. Das Zentrum. Im Zentrum haben sich 5 Gruppen zusammengeschlossen, die über insgesamt 22 Mandate verfügen.

Die Russen sind mit ihren vier Abgeordneten die Vertretung der Interessen der russischen Minorität, vor allem der Bevölkerung an der russischen Grenze. Führer sind W. Grigorjew und P. Baranin.

Die Arbeiterpartei (Tööerakond) verfügt über 12 Mandate. Im Anfang war sie sozialistisch eingestellt, streifte aber allmählich den Sozialismus immer mehr ab. Heute vergleicht sie sich gern mit der englischen „Labour party“. Ihre häufigen politischen Schwankungen haben ihr bereits erhebliche Verluste an Wähler gebracht; sie bekämpfte zuerst die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in die Schulen auf Staatskosten; als sie aber sah, daß der Volksentscheid entgegengesetzt auslief, sah sie davon ab, diese Frage weiter zu behandeln. Ehemals eine entschiedene Gegnerin des Privateigentums erklärt sie sich heute damit ebenso wie die Rechtspartei einverstanden. Sie versucht neuerdings ihr Glück in der Agitation auf dem Lande, sodaß ihr Schwergewicht immermehr

dorthin neigt. Führer der Partei sind Ado Anderkopp, die Rechtsanwälte Otto Strandmann und Lui Olesk, Prof. Anton Piip, Weiler und die Abgeordneten Juhkam, Kaarna und der frühere Ministerpräsident Kukk. Parteiorgan ist „Waba Maa“ (das freie Land).

Die Ansiedler, die demobilisierten Soldaten und die Mieter sind zu einer Fraktion zusammengeschlossen.

Die Ansiedler sind eine lediglich wirtschaftliche Partei, der größere politische Ziele fehlen. Zu ihr haben sich hauptsächlich die Landwirte auf den durch die Enteignung neugeschaffenen Siedlungen zusammengeschlossen. Wenn sie auch bei der letzten Wahl nur vier Mandate errangen, so ist bei einer neuen Wahl, wenn sie in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen würden, doch mit einer erheblichen Stärkung zu rechnen; auf die Dauer allerdings hat diese Partei keine Zukunftsaussichten, es sei denn, daß sie es fertig bringt, große Gedanken in ihr Programm hineinzuarbeiten. Ein eigentliches Organ besitzt die Partei nicht; sie ist nur im Besitze eines wirtschaftlichen Mitteilungsblattes. Führer ist O. Köster.

Die demobilisierten Soldaten vertreten die Interessen der Teilnehmer an dem estländischen Freiheitskrieg, die ein Vorzugsrecht auf Landzuteilung haben. Sie haben einen Abgeordneten.

Die Mieterpartei mit einem Abgeordneten kämpft für die Beibehaltung des Zwangsmietengesetzes; wie die Gruppe der Demobilisierten wird auch die Mieterpartei bald verschwinden.

c. Die Linke besteht aus zwei Gruppen, den jetzt zu einer Fraktion verschmolzenen Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten und den Kommunisten.

Das Programm der Sozialdemokraten (zweite Internationale) weicht von dem sozialdemokratischen Programm in anderen Ländern nicht ab. Wie diese meistens sind auch jene grundsätzlich staatsbejahend eingestellt. Die Partei hat infolge ihrer maßvollen Haltung einen starken Prozentsatz ihrer Wähler verloren. Von 43 Mandaten in der Konstituante sank sie auf 18 Abgeordnete im ersten und 15 Abgeordnete im zweiten Reichstag. Ihr Anhang besteht meistens aus Angehörigen der kleinen Intelligenz, des kleinen Mittelstandes, der kleinen Beamtschaft und der kleinen Bauernschaft. Ende 1923 vereinigten sich mit dieser Partei die Unabhängigen Sozialisten, sodaß die vereinigte sozialistische Arbeiterpartei jetzt über insgesamt 20 Abgeordnete verfügt und eine Verstärkung verhältnismäßig radikal orientierter Arbeitermassen erhielt. Führer des rechten Flügels der Partei sind Michel Martina, A. Rei, Karl Ast, (Dichter mit dem Pseudonym Rumor) Jöcäär

und Palwadre; den linken Flügel führen die Abgeordneten Piiskar, Gustawson und Jonas; das gemeinsame Parteiorgan ist „Ubendus“ (Einigung).

Die K o m m u n i s t e n stehen in Estland wie in allen Staaten unter dem Diktat Moskaus feindlich zum eigenen Lande. Wegen ihrer Staatsfeindlichkeit ist die Partei verboten, sodaß eine neue kommunistische Partei unter dem Decknamen „Einheitsfront des arbeitenden Volkes“ gegründet wurde. Das Ziel der estländischen Kommunisten entspricht dem Ziel der kommunistischen dritten Internationale. Anhang haben sie nur unter dem städtischen Proletariat; ihre Zeitung ist verboten. Führer sind: I. Reesen, I. Keerde und A. Janson. Wären nicht zwei Listen der Kommunisten nach der letzten Wahl aus formellen Gründen für ungültig erklärt worden, würden sie anstatt der jetzigen 10 Abgeordneten etwa 14 besitzen.

Zur besseren Übersicht möge die folgende Tabelle dienen, in der die Parteien von links nach rechts verzeichnet sind:

Name der Partei	1920		1923	
	Stimmen	Abg.	Stimmen	Abg.
1. Hausbesitzer	97 825	21	9 967	2
2. Landwirte } eine Fraktion			99 226	23
3. Deutsch-Baltische Partei	18 444	4	15 950	3
4. Christliche Volkspartei	35 420	7	33 700	8
5. Estnische Volkspartei	48 972	10	34 646	8
6. Nationale Freisinnige	— —	—	20 670	4
7. Russen	8 620*)	1	18 829	4
8. Arbeiterpartei	99 030	22	51 674	12
9. Ansiedler	— —	—	17 266	4
10. Demobilisierte Soldaten	— —	—	5 670	1
11. Mieter	— —	—	6 130	1
12. Sozialdemokraten	80 211	18	64 297	15
13. Unabhängige Sozialisten	50 119	11	21 704	5
14. Kommunisten	24 849	5	43 711	10

Eine Zukunft als Partei besitzen die Landwirte, die christliche Volkspartei, die Arbeiterpartei, die Sozialisten, die Deutschen und die Russen.

Nr. 1—6 sind Rechtsparteien, 7—11 Zentrum, 12—14 Linksparteien.

*) 2 Listen.

4. Die Lage der Deutschen.

Von allen östlichen Randstaaten haben die deutschen Minderheiten in Estland noch das verhältnismäßig beste Los; zwar sind sie auch hier größtenteils ihrer Bodenständigkeit und ihres Einflusses beraubt; vor allem bedeutete das Agrargesetz und die Enteignung der Handwerker gildenvermögen einen harten Schlag. Jedoch kann man gerne zugeben, daß die Esten in ihrer überwiegenden Zahl den Deutschen heute mehr Gerechtigkeit angedeihen lassen. In Dorpat und Reval sind eine Anzahl privater und kommunaler deutschsprachiger Schulen; der Gebrauch der deutschen Sprache ist tatsächlich und zum Teil auch rechtlich sichergestellt. Vor allem ist vor Gericht, in den Stadtparlamenten und im Reichstag die deutsche Sprache zugelassen; auch in den staatlichen Stellen werden die Deutschen im allgemeinen nicht zurückgesetzt, selbst in den städtischen Verwaltungen sind deutsche Stadträte der Gesamtzahl der Deutschen entsprechend ernannt. Von irgendwelchen Entnationalisierungsversuchen kann nicht die Rede sein.

So ist das Verhältnis zwischen Esten und Deutschen im Augenblick auf dem besten Wege zur Besserung trotz gelegentlicher Ausfälle auf beiden Seiten. Die Nachrichten, die die baltische Emigrantenkorrespondenz in die Welt hinaussendet, sind durchaus nicht immer zutreffend; die Emigranten haben kaum noch Fühlung mit der früheren Heimat, deren Weiterentwicklung sie nicht recht kennen, und bei deren Bewertung ihre an sich ja nur zu verständliche Erbitterung beeinflussend mitwirkt. Wenn auf beiden Seiten die nötige Vorsicht obwaltet, liegt eine dauernde Gewinnung der Esten für die deutsche Kultur sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit.

Durch seine Duldsamkeit, die leider ziemlich vereinzelt in den osteuropäischen Staaten dasteht, ist Estland auf dem besten Wege, ein ruhiger und aufstrebender Staat zu werden; mögen andere Staaten nur von ihm lernen!

Nachtrag.*)

Das Saargebiet.

Von Karl Ollmert.

Die politischen Parteien des Saargebietes sind im Heft 3 dieser Reihe ausführlich behandelt worden. Irgend eine Änderungsart ist bei ihnen inzwischen nicht eingetreten. Es fanden jedoch am 27. Januar 1924 zum zweiten Male Wahlen zum Landesrat statt. Nachstehend sei daher ihr Ergebnis mitgeteilt und auf einige Erscheinungen bei dieser Wahl hingewiesen.

Die Zahl der insgesamt zu wählenden Abgeordneten betrug 30. Sie steht fest, ist also unabhängig von der Höhe der abgegebenen Stimmenzahl. Nach der endgültigen amtlichen Feststellung brachte die Wahl folgendes Ergebnis:

Partei	Stimmen	Sitze
1. Zentrumsparlei	3 246 511	14
2. Vereinigte Sozialdemokratische Partei	1 398 949	6
3. Kommunisten	1 207 211	5
4. Deutsch-Saarländische Volkspartei (D.V.P. und Dem. Partei)	1 127 258	4
5. Haus- und Grundbesitzer	311 722	1
6. Saarbund (Franzosenparlei)	207 129	—
7. Deutschn. Volkspartei	91 631	—
8. Ungültige Stimmen	801	—
Zusammen	7 591 212	30

Wahlberechtigt waren 378 458 Personen, gewählt haben 255 659. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 67,55 %. Die Höhe der Stimmenzahl, die auf die einzelnen Parteien entfallen ist, erklärt sich dadurch, daß jeder Wähler 30 Stimmen, d. h. einen Stimmzetteln mit 30 verschiedenen Namen abgeben konnte, die irgend einem Wahlvorschlag entnommen worden waren. Die auf die einzelnen Parteien entfallenen Stimmen müssen daher durch etwa 30 geteilt werden. Demnach haben gestimmt:

*) Vgl. Heft 3.

Für das Zentrum	etwa 109 000 Wähler
„ die Sozialdemokraten	„ 47 100 „
„ „ Kommunisten	„ 40 800 „
„ „ Deutsch-Saarländische Volkspartei	„ 38 000 „
„ „ Haus- und Grundbesitzer	„ 10 500 „
„ den Saarbund	„ 7 000 „
„ die Deutschnationale Volkspartei	„ 3 250 „

Das Hauptmerkmal dieser Wahl ist das absolute Feststehen der Wähler zu den deutschen Parteien und damit zum Deutschtum; denn auch jetzt wurde der Wahlkampf von den deutschen Parteien unter der ausdrücklichen Losung „Für das Deutschtum, gegen die Verwelschung“ geführt. Selbst die Kommunisten traten im Wahlkampf für die Wahrung des Deutschtums im Sargebiet ein.

Die Saarregierung, die der Bevölkerung fast gar keine parlamentarischen Rechte gewährte, — nur im Sargebiet Geborene können gewählt werden, der Landesrat, der das Parlament darstellen soll, hat nur das Recht der Begutachtung, er hat kein Petitionsrecht, kein Interpellationsrecht, kein Recht, den Haushaltsplan festzusetzen, seine Mitglieder besitzen keinerlei Immunität, der Präsident des Landesrats wird von der Saarregierung ernannt usw. — hatte für die Wahl am 27. Januar 1924, trotz einmütiger Verwahrung des Landesrats, die freie Listenwahl vorgeschrieben. Auch wurde bestimmt, daß bei einem etwaigen Ausscheiden eines Gewählten, ganz gleich aus welchem Grunde die Ausscheidung erfolgte, das freige-wordene Mandat nicht, wie sonst üblich, durch den nächstfolgenden Listenkandidaten besetzt wird, sondern von dem nächst Höchstbestimmten. Mit diesem niederträchtigen Wahlsystem wollte die Saarregierung ganz offensichtlich eine Wiederwahl der im alten Landesrat führenden deutschen Persönlichkeiten verhindern, indem sie hoffte, daß insbesondere von Franzosen und Franzosenfreunden sogenannte Streichkolonnen gebildet würden, die die Namen der alten deutschen Führer von den Stimmzetteln strichen und andere, ihrer Ansicht nach weniger gefährliche Kandidaten auf ihre Stimmzettel nähmen. Aber auch dieser Trick der Saarregierung versagte; denn die alten deutschen Führer sind restlos wieder gewählt worden.

Angesichts des Versuches der Saarregierung, die eigentliche Meinung der Saarbevölkerung zu fälschen, wurde mehrfach eine gemeinsame Liste der deutschen Parteien erstrebt. Diese Bestrebungen scheiterten aber an der Haltung der Sozialdemokraten. Sie gaben sich mit der Zahl ihrer bisherigen Mandate nicht zufrieden und hofften, bei einem selbständigen Vorgehen mehr Mandate erreichen zu können. Tatsächlich lag zu dieser Hoffnung eine gewisse Berechtigung vor; denn für die vorhergehende Wahl (25. 6. 22) hatten die Sozialdemokraten,

weil der Landesrat keine parlamentarischen Rechte erhielt, zunächst völlige Wahleuthaltung beschlossen. Diesen Beschluß änderten sie erst ganz kurz vor der Wahl; dabei noch gegen eine starke Gegenströmung. Die Sozialdemokratie war dadurch mit der Wahlarbeit weit zurückgeblieben und vermochte insbesondere keinerlei Wahleifer bei den meisten ihrer Anhänger mehr zu erreichen. Ähnlich lag es auch bei einigen anderen Parteien. Nur das Zentrum hatte sich recht schnell und entschlossen für eine Beteiligung entschieden und sofort mit der Wahlarbeit begonnen, mit dem Erfolg, daß es damals 16 Mandate von 30 erhielt. Der Rückgang seiner Mandate bei der jetzigen Wahl auf 14 darf daher nicht zuletzt auch wohl als eine einigermaßen zu erwartende Korrektur angesehen werden. Die Stärke der Wahlbeteiligung der linksgerichteten Wähler bei der jetzigen Wahl ist jedoch in der Hauptsache den Kommunisten zugute gekommen, was im Saargebiet vornehmlich mit der zunehmenden Verbitterung der Bevölkerung über die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse (in der Hauptsache eine Folge des Sturzes des Kurzes des Franken) erklärt wird. Es haben jedoch alle Parteien, einschließlich der Kommunisten, Stimmenzuwachs zu verzeichnen; nur nicht die Haus- und Grundbesitzerpartei, deren Führer Schmoll es im alten Landesrat meistens mit der Saarregierung hielt. Sie hat, was sehr bezeichnend ist, rund 6000 Wähler verloren. Das Wahlergebnis würde für die bürgerlichen deutschen Parteien sicherlich noch günstiger ausgefallen sein, wenn nicht eine Woche vor dem Wahltag im ganzen Saargebiet ein Buchdruckerstreik ausgebrochen wäre, der bis nach der Wahl anhielt. Während des Streiks erschienen nur die sozialdemokratischen und franzosenfreundlichen Zeitungen. Wesentlich erschwert für die bürgerlichen Parteien war auch die Flugblattherstellung. Sie mußten daher in der letzten und wichtigsten Phase des Wahlkampfes fast ganz auf die wirksamsten Propagandamittel (Presse und Flugblatt) verzichten.

Eine geradezu klägliche Niederlage hat der Saarbund, die Hoffnung der Franzosen und Farnzöslinge, erlitten. Er erhielt kein einziges Mandat und kaum 2,5 % der abgegebenen Stimmen, obschon für ihn wohl sämtliche Franzosen, die nach dem Kriege in das Saargebiet einwanderten (vorher waren keine dort) und Wahlrecht haben, stimmten. Von der deutschen Bevölkerung hat daher kaum 1 % die Saarbundliste gewählt und das trotz mehr als fünfjähriger Propaganda der Franzosen und der Saarregierung für die Verwelschung.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Ergebnis auch dieser Wahl ein erneutes einmütiges Bekenntnis der Saarbevölkerung zum Deutschtum ist, wie es eindrucksvoller wohl nicht gedacht werden kann.

Literatur: Mitteilungsblatt „Saarfreund“ Berlin SW 11, Königgrätzerstr. 94. „Die Saarpolitik Frankreichs“ v. Bernhard Rausch, Berlin 1923, Zentralverlag Berlin. „Das Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens und des Vertrages von Versailles“ v. G. Stilke-Berlin.

Nachtrag. *)

Danzig.

Von Landgerichtsdirektor Dr. Otto Loening-Berlin.

Am 18. November 1923 haben in Danzig Neuwahlen zum Volkstag stattgefunden. Bereits im Sommer 1923 machte sich die Nähe der Wahlen bemerkbar: Namentlich entfaltete die Deutsch-soziale Partei eine große Regsamkeit. Außerdem erhielt die Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft die Quittung für ihre verfehlte Politik, die sie unter der Führung ihres rechten Flügels eingeschlagen hatte: Es kam zur Gründung der Deutsch-Danziger Volkspartei; ferner trennten sich von der Fraktion der Deutschen Partei im Volkstag fünf Mitglieder des linken Flügels ab und traten aus der Partei aus; ein Mitglied trat zu den Deutsch-nationalen über. Auch in der vereinigten sozialdemokratischen Partei vollzog sich insofern ein gewisser Wandel, als die Kommunistische Partei der freien Stadt Danzig sich mit ihr vereinigte. Der Wahlkampf selber wurde in ziemlich unschönen Formen geführt, wobei auch antisemitische Tendenzen in die Erscheinung traten. Neben den politischen Parteien reichten auch die Mieter und die Vereinigung der Fischer, sowie ein bisheriger „Wilder“, im Volkstag unter dem Namen „Nationale Ausgleichspartei“ bekannt, besondere Wahlvorschläge ein, sodaß im ganzen 12 Listen den Wählern zur Verfügung standen. Das Ergebnis der Wahlen war folgendes:

*) vgl. Heft 2.

Name der Partei	Stimmen	Abg.
1. Deutsch-nationale	44 581	34
2. Vereinigte Sozialdemokratische Partei	39 628	29
3. Zentrum	20 942	15
4. Kommunistische Partei	14 901	11
5. Deutsche Partei	11 006	8
6. Deutsch-Soziale	10 271	7
7. Deutsch-Danziger Volkspartei	7 411	6
8. Polen	7 189	5
9. Freie Vereinigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter (früher linker Flügel d. deutschen Partei)	4 786	3
10. Vereinigung der Fischer	1 786	1
11. Mieter-Partei	1 683	1
12. Nationale Ausgleichspartei	278	—
	164 462	120

Nach den Wahlen hat sich der gewählte Abgeordnete der Vereinigung der Fischer den Deutschnationalen angeschlossen. Übrigens war die Wahlbeteiligung stärker als im Jahre 1920, fast 80 % der wahlberechtigten Staatsangehörigen hatte gewählt. Eine Statistik, wie ich sie für die Wahlen 1920 gegeben habe, ist noch nicht möglich, da genaue amtliche Zahlen noch nicht vorliegen.

Eine Listenverbindung hatte stattgefunden zwischen dem Wahlvorschlag der Deutschnationalen und dem der Vereinigung der Fischer, ferner zwischen den Wahlvorschlägen der Deutschen Partei, der freien Vereinigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter, und der Deutsch-Danziger Volkspartei. Während die letzte Listenverbindung auf das Ergebnis der Wahlen keinen Einfluß ausgeübt hat, haben durch die erstere die Deutschnationalen ein Mandat mehr erhalten, das ohne diese Verbindung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zugefallen wäre.

Die Frauen sind unter den Gewählten vertreten bei den Deutschnationalen mit 3, bei den Sozialdemokraten und den Kommunisten mit je 2, bei der deutschen Partei, dem Zentrum und der Deutsch-Danziger Volkspartei mit je einer Abgeordneten.

Bemerkenswert ist bei den Wahlen der Rückgang der polnischen Stimmen von 9321 auf diesmal 7189 und dann, wie schon hervorgehoben, der völlige Zusammenbruch der deutschen Partei.

Dieses Wahlergebnis hatte eine Änderung in der Zusammensetzung des Senates zur Folge. Aber auch diesmal ist eine Regierung der „Mitte“ unter Einfluß der Sozialdemokraten zunächst wenigstens gescheitert. Vielmehr ist es zu einer Minderheitsregierung der Deutschnationalen, des Zentrums und der Deutsch-Danziger Volkspartei gekommen, sodaß in Danzig eine rechtsgerichtete Regierung das Ruder zunächst führt. Die Deutsche Partei, die sich sehr gern an der Regierungsbildung beteiligt hätte, zog sich aber zurück, da die anderen Regierungsparteien gegen den bisherigen Senator Jewelowski starke, teils antisemitische, teils aber auch gerechtfertigte sachliche Bedenken geltend machten. So besteht jetzt der Senat, abgesehen von den hauptamtlichen Senatoren, aus 8 Deutschnationalen, 4 Angehörigen des Zentrums und zwei Mitgliedern der Deutsch-Danziger Volkspartei. Diese Minderheitsregierung, die im Volkstag 56 Abgeordnete hinter sich hat, kann sich nur halten, wenn sie von anderen Parteien unterstützt wird. Diese Unterstützung wird ihr in weitem Maße von der Deutschsozialen Partei zuteil werden, wodurch das rechtsradikale Element noch mehr verstärkt wird; ob das zum Segen der Freien Stadt Danzig ausschlägt, muß ich mit Fug bezweifeln.